

# Langfristige Budgetprognose

Bericht der Bundesregierung gemäß § 15 Abs. 2 BHG 2013







## Inhalt

<b>Abkürzungen</b> .....	<b>III</b>
<b>Tabellen und Diagramme</b> .....	<b>IV</b>
<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>1</b>
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>5</b>
<b>2 Methodische Bemerkungen</b> .....	<b>8</b>
<b>3 Langfristige Trends</b> .....	<b>10</b>
3.1 Demografie .....	10
3.2 Wirtschaftsentwicklung .....	12
<b>4 Ergebnisse</b> .....	<b>15</b>
4.1 Demografieabhängige Ausgaben .....	15
4.1.1 Pensionsausgaben .....	15
4.1.2 Gesundheitsausgaben .....	17
4.1.3 Pflegeausgaben .....	19
4.1.4 Bildungsausgaben .....	20
4.1.5 Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) .....	21
4.1.6 Arbeitslosenunterstützung .....	23
4.2 Nicht-demografieabhängige Ausgaben .....	24
4.3 Einnahmen .....	26
<b>5 Szenarien und Sensitivitätsanalysen</b> .....	<b>28</b>
5.1 Geringeres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität .....	32
5.2 Höheres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität .....	33
5.3 Geringere Migration nach Österreich .....	34
5.4 Höhere Lebenserwartung .....	36
5.5 Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen durch eine höhere Einkommenselastizität .....	37
5.6 Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum .....	39
<b>6 Vergleich mit den Projektionen der Europäischen Kommission</b> .....	<b>41</b>

<b>7 Vergleich mit der Langfristprognose 2016 .....</b>	<b>43</b>
<b>8 Klimawandel und Klimapolitik .....</b>	<b>46</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>48</b>

# Abkürzungen

AWG	Working Group on Ageing Populations and Sustainability (AWG) des Wirtschaftspolitischen Ausschusses (WPA) und der Europäischen Kommission (EK)
BHG 2013	Bundeshaushaltsgesetz 2013
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
CO <sub>2</sub> e	Kohlendioxidäquivalente
COFOG	Classifications of the Functions of Government = Klassifikation der Aufgaben des Staates
EK	Europäische Kommission
ESVG	Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
EU	Europäische Union
EU-ETS	EU Emissions Trading Scheme
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds
IHS	Institut für Höhere Studien
NEKP	Nationaler Energie- und Klimaplan
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
UG	Untergliederung (im Voranschlag des Bundeshaushalts)
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WPA	Wirtschaftspolitischer Ausschuss

# Tabellen und Diagramme

Tabelle 1: Hauptergebnisse Basisvariante	3
Tabelle 2: Erwartete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2015-2060	12
Tabelle 3: Makroökonomische Annahmen	14
Tabelle 4: Pensionsausgaben	16
Tabelle 5: Entwicklung der Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds	22
Tabelle 6: Nicht-demografieabhängige öffentliche Ausgaben	25
Tabelle 7: Öffentliche Einnahmen	27
Tabelle 8: Vergleich der Basisvariante mit den Szenarien	29
Tabelle 9: Auswirkungen des Szenarios „Geringeres Produktivitätswachstum“ auf...	32
Tabelle 10: Auswirkungen des Szenarios „Höheres Produktivitätswachstum“ auf...	34
Tabelle 11: Auswirkungen des Szenarios „Geringere Migration“ auf...	35
Tabelle 12: Auswirkungen des Szenarios „Höhere Lebenserwartung“ auf...	37
Tabelle 13: Auswirkungen des Szenarios „Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen“ auf...	38
Tabelle 14: Auswirkungen der Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum auf...	40
Tabelle 15: Vergleich der Basisvariante mit dem Ageing Report 2018	41
Tabelle 16: Vergleich der Basisvariante 2019 mit den 2 Hauptvarianten 2016	45
Diagramm 1: Basisvariante - demografieabhängige Ausgaben	4
Diagramm 2: Basisvariante - Einnahmen, Ausgaben und Schuldenquote vom Sektor Staat	4
Diagramm 3: Erwartete Bevölkerungsstruktur für Österreich	11
Diagramm 4: Wirtschaftsentwicklung	14
Diagramm 5: Pensionsausgaben für gesetzliche Pensionsversicherung und Pensionen von BeamtInnen	17
Diagramm 6: Öffentliche Gesundheitsausgaben	18
Diagramm 7: Öffentliche Pflegeausgaben	20
Diagramm 8: Öffentliche Bildungsausgaben	21
Diagramm 9: Entwicklung der Ausgaben des FLAF	23
Diagramm 10: Öffentliche Ausgaben - Arbeitslosigkeit	24
Diagramm 11: Nicht-demografieabhängige öffentliche Ausgaben	25
Diagramm 12: Auswirkungen der Szenarien auf die öffentliche Schuldenquote	30
Diagramm 13: Auswirkungen der Szenarien auf den Maastricht-Saldo/strukturellen Saldo	30
Diagramm 14: Auswirkungen der Szenarien auf die Pensionsausgaben	31



Diagramm 15: Auswirkungen der Szenarien auf das BIP-Wachstum	31
Diagramm 16: Auswirkungen des Szenarios „Geringeres Produktivitätswachstum“ auf...	33
Diagramm 17: Auswirkungen des Szenarios „Höheres Produktivitätswachstum“ auf...	34
Diagramm 18: Auswirkungen des Szenarios „Geringere Migration“ auf...	36
Diagramm 19: Auswirkungen des Szenarios „Höhere Lebenserwartung“ auf...	37
Diagramm 20: Auswirkungen des Szenarios „Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen“ auf...	39
Diagramm 21: Auswirkungen der Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum auf...	40
Diagramm 22: Vergleich der demografieabhängigen Ausgaben (ohne FLAF) der Basisvariante 2019 mit dem Ageing Report 2018	42
Diagramm 23: Vergleich des realen Wirtschaftswachstums der Basisvariante 2019 mit dem Ageing Report 2018	42



# Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen, dass eine zentrale politische Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte die finanzielle Bewältigung des demografischen Wandels in Österreich ist – insbesondere für die Bereiche Pensionen, Gesundheit und Pflege.

Gemäß der WIFO-Studie steigen die demografieabhängigen Ausgaben der öffentlichen Haushalte – ausgedrückt in Relation zum BIP – von 30,2% im Jahr 2018 auf 34,9% im Jahr 2060 an. Die öffentlichen Ausgaben für Pensionen (inkl. Pensionen für Beamtinnen und Beamte und Ausgleichszulagen) legen dabei – hauptsächlich durch den Übertritt geburtenstarker Jahrgänge von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand – von gegenwärtig 13,3% des BIP bis 2035 auf 15,0% des BIP zu. Danach wird nur noch ein leichter Anstieg auf 15,2% des BIP im Jahr 2060 erwartet. Auch die Gesundheitsausgaben und die Ausgaben für Langzeitpflege steigen deutlich. Im Gesundheitsbereich wird ein kontinuierlicher Anstieg der Ausgabenquote von gegenwärtig 7,1% des BIP auf 8,7% des BIP (2060) erwartet; im Pflegebereich eine Verdoppelung von gegenwärtig 1,6% auf 3,3% des BIP bis zum Jahr 2060.

Die Projektionen beruhen auf der Bevölkerungsprognose und der zugehörigen Erwerbsprognose der Statistik Austria aus dem Jahr 2018. Der gesamtstaatliche Maastricht-Saldo bleibt bis 2035 auf eher niedrigem Niveau, steigt jedoch bis 2060 auf -3,5% des BIP an. Das mittelfristige Haushaltsziel, das für Österreich einen strukturellen Saldo<sup>1</sup> von -0,5% des BIP oder besser vorsieht, wird bereits ab dem Jahr 2031 verfehlt. Die Schuldenquote geht zunächst auf unter 50% des BIP zurück, steigt jedoch ab 2038 wieder auf 65,6% des BIP im Jahr 2060 an.

Die vorliegenden Schätzungen über Einnahmen und Ausgaben des Staates für die nächsten 40 Jahre sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Die Ergebnisse der Studie sind daher wie alle langfristigen Projektionen vorsichtig zu interpretieren – das Augenmerk sollte auf zeitliche Verläufe und längerfristige Entwicklungen gelegt werden. Das WIFO hat deshalb auch Szenarien prognostiziert, bei denen einzelne Parameter von der als am realistischsten eingeschätzten Prognosevariante abweichen, was – mit Ausnahme des Szenarios mit höherem Produktivitätswachstum – in der Folge zu deutlichen Verschlechterungen bei Defizit und Schuldenstand führt.

---

<sup>1</sup> Der Maastricht-Saldo entspricht in der WIFO-Studie ab 2025 dem strukturellen Saldo, da angenommen wird, dass die österreichische Wirtschaft langfristig entlang ihres Produktionspotenzials wächst.

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen Österreichs wies in den letzten Jahren in die richtige Richtung. Im Jahr 2018 wurde auf gesamtstaatlicher Ebene erstmals seit 1974 ein positiver Maastricht-Saldo erreicht, die Schuldenquote war mit 74,0 % des BIP Ende 2018 auf dem niedrigsten Stand seit Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Auch die Ergebnisse der Basisvariante der langfristigen Budgetprognose implizieren einen stabilen Pfad der öffentlichen Finanzen bis 2030. Neben einem politischen Bekenntnis zu einem Konsolidierungskurs, einem strikten Budgetvollzug und einer günstigen Konjunkturlage in den letzten Jahren, ist diese Entwicklung vor allem auch auf kontinuierlich fallende Zinszahlungen sowie den Wegfall außergewöhnlicher Belastungen, wie etwa der Kosten für Bankenpakete, zurückzuführen.

Diese erfreuliche Momentaufnahme soll aber keinesfalls über die Notwendigkeit weiterer effizienzsteigernder und kostenminimierender struktureller Reformen im Einklang mit wachstumsfördernden Investitionen hinwegtäuschen. Das zeigt sich einerseits durch den Blick auf die prognostizierte Entwicklung der öffentlichen Finanzen Österreichs nach 2030. Andererseits legen die Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen dar, dass die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen bei Eintreten von teils geringfügig abweichenden Annahmen hinsichtlich Wirtschaftswachstum oder Migration, nicht mehr gewährleistet ist. Um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu garantieren und gegen allfällige Risiken gewappnet zu sein, bedarf es daher weiterer Anstrengungen insbesondere in den altersabhängigen und kostendynamischen Ausgabenbereichen Pflege, Gesundheit und Pensionen. Seit der letzten langfristigen Budgetprognose im Jahr 2016 wurden bereits einige Maßnahmen implementiert, die nun jedoch konsequent fortgeführt und ausgebaut werden müssen:

- Die Gewährleistung eines qualitativ hochwertigen Pflegeversorgungssystems kann nur gelingen, wenn eine politische und gesellschaftliche Grundsatzentscheidung hinsichtlich dessen langfristiger Ausgestaltung und Finanzierung getroffen wird. Die Verdoppelung der Ausgaben für Pflege relativ zum BIP bis 2060 gemäß der Prognose verdeutlicht die Dringlichkeit eines Reform- und Finanzierungskonzepts.
- Im Gesundheitsbereich muss das Zielsteuerungsabkommen zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung auch in den kommenden Jahren konsequent weitergeführt werden. Die öffentlichen Gesundheitsausgaben (ohne Langzeitpflege) müssen an den mittelfristig prognostizierten prozentuellen Anstieg des nominellen BIP gekoppelt werden, um den relativen Anstieg der Gesundheitsausgaben einzudämmen.
- Bei den Pensionen bedarf es verstärkter Anstrengungen und Anreize um das faktische an das gesetzliche Pensionsantrittsalter anzugleichen und das Pensionssystem intergenerativ fair und langfristig leistbar zu gestalten.

Strukturelle Reformen in den demografieabhängigen Politikbereichen schaffen finanzielle Spielräume um sowohl wachstumsfördernde Investitionen zu tätigen als auch Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung zu setzen. Zukunftsorientierte Investitionen in klimafreundliche und digitale Infrastruktur sowie in Bildung und Forschung sind essenziell um die Attraktivität Österreichs als Wirtschaftsstandort abzusichern und den klimapolitischen Verpflichtungen nachzukommen. Auch eine Reduktion der im internationalen Vergleich hohen Steuer- und Abgabenquote in Österreich, vor allem betreffend den Faktor Arbeit, sowie eine Ökologisierung des Steuer- und Subventionssystems hätten wachstums- und beschäftigungspolitische Impulse.

Eine Budgetpolitik, welche strukturelle Reformen und wachstumsfördernde Investitionen vereint und sich zur Erfüllung sämtlicher internationaler und nationaler Verpflichtungen bekennt, ist ein wichtiger Eckpfeiler für die wirtschaftliche und soziale Stabilität Österreichs. Nur eine solide Budgetpolitik stärkt das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in den Staat, auch in Zukunft den Wohlstand sowie die Attraktivität des österreichischen Wirtschaftsstandortes zu sichern. Die Ergebnisse der langfristigen Budgetprognose sind Beleg für die günstigen Rahmenbedingungen zur Umsetzung struktureller Reformen im nächsten Jahrzehnt um die Tragfähigkeit Österreichs öffentlicher Finanzen langfristig zu garantieren. Ein Hinausschieben von Reformen mit Verweis auf die momentan erfreuliche Situation der öffentlichen Finanzen würde unabdingbar schmerzhaftere Reformen zu einem späteren Zeitpunkt nach sich ziehen.

Tabelle 1: Hauptergebnisse Basisvariante

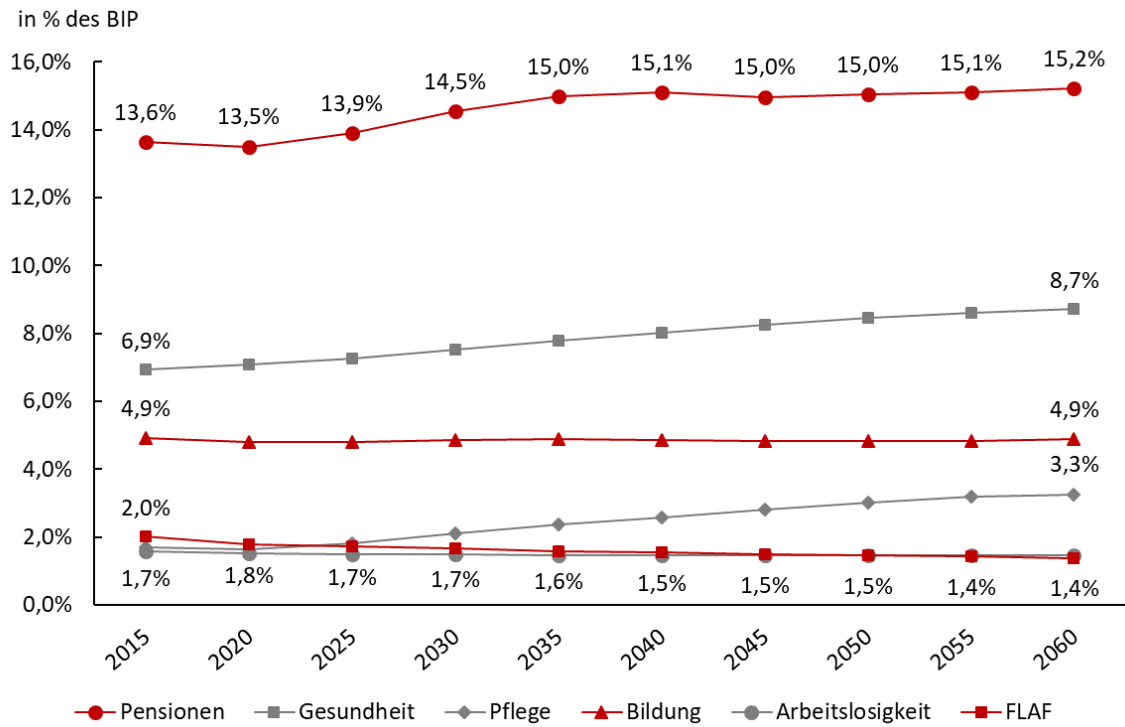
in % des BIP	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Pensionen	13,6	13,5	13,9	14,5	15,0	15,1	15,0	15,0	15,1	15,2
Gesundheit	6,9	7,1	7,3	7,5	7,8	8,0	8,2	8,5	8,6	8,7
Pflege	1,7	1,6	1,8	2,1	2,4	2,6	2,8	3,0	3,2	3,3
Bildung	4,9	4,8	4,8	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8	4,9
Arbeitslosigkeit	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
FLAF	2,0	1,8	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4
<b>Demografieabhängige Ausgaben</b>	<b>30,8</b>	<b>30,3</b>	<b>31,0</b>	<b>32,2</b>	<b>33,1</b>	<b>33,6</b>	<b>33,8</b>	<b>34,3</b>	<b>34,6</b>	<b>34,9</b>
<b>Nicht-demografieabh. Ausgaben</b>	<b>20,3</b>	<b>17,9</b>	<b>17,1</b>	<b>16,7</b>	<b>16,5</b>	<b>16,6</b>	<b>16,7</b>	<b>16,8</b>	<b>17,0</b>	<b>17,1</b>
davon Zinsen	2,3	1,4	0,9	0,8	1,0	1,3	1,6	1,8	2,1	2,3
Gesamtausgaben Sektor Staat	51,1	48,3 *	48,1	48,8	49,6	50,2	50,5	51,1	51,6	52,1
Gesamteinnahmen Sektor Staat	50,1	48,2 *	48,3	48,4	48,5	48,5	48,5	48,5	48,6	48,6
Maastricht- / Struktureller-Saldo	-1,0	-0,1 *	0,2	-0,4	-1,1	-1,6	-2,0	-2,5	-3,0	-3,5
Schuldenquote	84,9	67,5 *	56,7	49,3	46,2	46,3	48,2	52,2	58,2	65,6

Quelle: WIFO

\* BMF, Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020

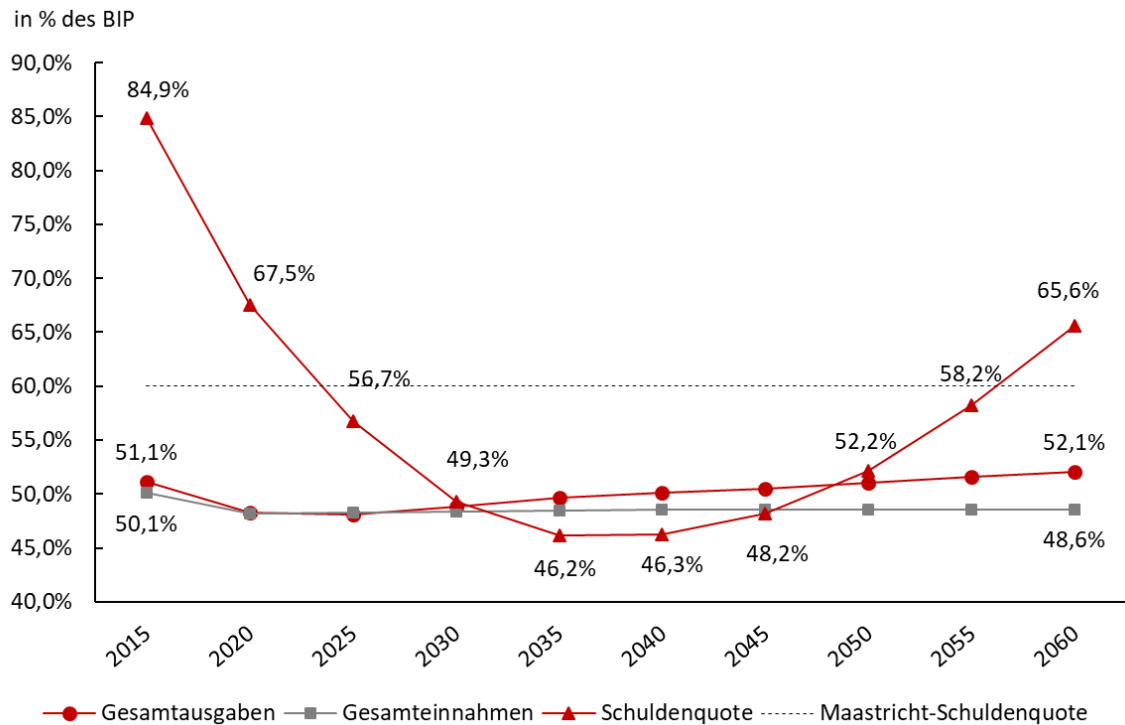
Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Diagramm 1: Basisvariante - demografieabhängige Ausgaben



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

Diagramm 2: Basisvariante - Einnahmen, Ausgaben und Schuldenquote vom Sektor Staat



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

# 1 Einleitung

Gemäß § 15 Abs. 2 BHG 2013 hat der Bundesminister für Finanzen alle drei Jahre eine hinreichend begründete, nachvollziehbare, langfristige Budgetprognose für einen Zeitraum von mindestens 30 Finanzjahren zu erstellen.

Der vorliegende Bericht ist der dritte dieser Art und basiert auf einer Studie des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO), welche vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) in Auftrag gegeben wurde. Er legt dar, wie sich die heute absehbaren demografischen Trends bis 2060 auf die öffentlichen Haushalte in Österreich auswirken. Die Modellrechnungen stehen dabei unter der Annahme, dass die gegenwärtige Politik unverändert fortgeführt wird. Sie liefern somit eine Projektion des Status quo (Ende September 2019) und dienen als Frühwarnsystem.

Die Altersstruktur der österreichischen Bevölkerung wird sich in den kommenden Jahrzehnten stark verändern. Die geburtenstarken Jahrgänge der zwischen 1946 und 1964 Geborenen werden in Pension gehen bzw. sind es bereits. Gleichzeitig gehen die aktuellen langfristigen Bevölkerungsprognosen der Statistik Austria davon aus, dass die Fertilität niedrig bleiben, die Lebenserwartung weiter ansteigen und die Bevölkerung durch Zuwanderung aus dem Ausland weiter anwachsen wird. Die Anzahl der Über-65-Jährigen wird von 2018 bis 2060 von 1,7 Mio. auf 2,7 Mio. Menschen zunehmen, wobei die größten Veränderungen in den 2020ern und 2030ern erwartet werden. Die Zahl der potenziell Erwerbstätigen (15-64 Jahre) erreicht 2020 mit 5,9 Mio. den Höhepunkt und sinkt danach bis 2060 auf 5,6 Mio. ab. Diese Entwicklungen haben zur Folge, dass 2060 etwa 2,1 Personen im erwerbsfähigen Alter auf einen Über-65-Jährigen kommen werden. Im Jahr 2018 betrug dieses Verhältnis rund 3,6 und sinkt in den kommenden Jahren relativ rasch auf 2,7 (2030) weiter auf 2,3 (2040) ab.

Die allmähliche Stagnation des Zuwachses der Erwerbspersonen und die gleichzeitige Zunahme der Pensionistinnen und Pensionisten werden sich dämpfend auf das Wirtschaftswachstum auswirken und auch die öffentliche Einnahmen- und Ausgabenstruktur verändern. Besonders deutlich gilt dies für die sozialen Sicherungssysteme, die für die Bewältigung altersabhängiger Risiken geschaffen wurden. Diese funktionieren als Umlagesysteme, indem der erwerbstätige Bevölkerungsteil bestimmte öffentliche Leistungen für die gesamte Bevölkerung finanziert. Insbesondere die zusammengerechneten Ausgaben für Pensionen, Pflege und Gesundheit werden im Verhältnis zum BIP kontinuierlich

ansteigen und einen deutlich höheren Anteil der staatlichen Einnahmen verbrauchen als gegenwärtig.

Um die dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die Einhaltung der langfristigen Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum zu sichern, schreibt § 15 Abs. 2 BHG 2013 vor, dass „die Bundesministerin für Finanzen oder der Bundesminister für Finanzen [...] eine hinreichend begründete, nachvollziehbare langfristige Budgetprognose für einen Zeitraum von mindestens 30 Finanzjahren in jedem dritten Finanzjahr zu erstellen“ hat. Die langfristige Budgetprognose ist von der Bundesregierung dem Nationalrat vorzulegen.

2013 wurde die erste veröffentlicht, 2016 folgte die zweite, 2019 die dritte langfristige Budgetprognose. Das BMF hat wieder das WIFO mit der Erstellung der Projektionen bis 2060 beauftragt. Dabei werden die Ausgaben und Einnahmen des Staates (Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen und sonstige Einheiten, die zum Sektor Staat gehören) insgesamt und auf bestimmte Politikbereiche aufgeschlüsselt betrachtet<sup>2</sup>. Eine Differenzierung nach einzelnen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) erfolgt nicht. Die Ergebnisse der WIFO-Studie bilden die Grundlage für den vorliegenden BMF-Bericht.

Der BMF-Bericht zeigt, welche Mehrbelastungen die öffentlichen Haushalte Österreichs insbesondere in Folge der absehbaren Alterung der Gesellschaft bis zum Jahr 2060 zu bewältigen haben, falls die heutigen gesetzlichen Rahmenbedingungen unverändert gelten würden (sog. „No Policy Change“-Annahme). Der BMF-Bericht quantifiziert die zu erwartende Entwicklung der Staatsausgaben, der Staatseinnahmen, des Maastricht-Saldos und der Schuldenstände bis zum Jahr 2060 und weist auf den notwendigen Handlungsbedarf hin, damit nötige Reformmaßnahmen vorausschauend diskutiert und eingeleitet werden.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich vorwiegend auf den demografischen Wandel als größten Risikofaktor für die öffentlichen Finanzen in Österreich. Es gibt auch andere Risikofaktoren mit langfristigen Wirkungen auf die öffentlichen Haushalte – bspw. die Verknappung der Ressourcen – die jedoch heute noch nicht ausreichend quantifizierbar sind und daher in diesem Bericht nicht berücksichtigt werden. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die öffentlichen Finanzen können im Modell der Langfristprognose derzeit nicht prognostiziert werden. Für die Langfristprognose 2022 sollen das Modell weiterentwickelt und klimarelevante Szenarien erfasst werden.

---

<sup>2</sup> Die Darstellung und Abgrenzung des Staates, der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen sowie sonstiger Indikatoren wie Maastricht-Saldo, Staatsschulden, BIP etc. erfolgt wie 2016 im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010). Der erste Bericht 2013 wurde noch mit Daten auf Basis des ESVG 95 erstellt.



Um den Anstieg der Ausgaben des Staates abzuschätzen, werden speziell diejenigen Ausgaben modelliert, die auf Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung besonders stark reagieren. Die anderen, nicht-demografiebedingten Ausgabenkategorien und die Einnahmenseite werden im selben makroökonomischen Modell geschätzt. Mit Hilfe des Modells werden die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Einnahmen- und Ausgabenquote, des Maastricht-Saldos sowie des Schuldenstandes berechnet.

Zu beachten ist, dass die Projektionen von der „No Policy Change“-Annahme ausgehen. Politische Maßnahmen, die vom Parlament bis vor der Nationalratswahl Ende September 2019 beschlossen wurden, wie z.B. Pensionserhöhungen, die Abschaffung der Wartefrist für die erste Pensionserhöhung oder die Abschaffung der Abschläge für Langzeitversicherte, sind in den Projektionen berücksichtigt. Es handelt sich daher um eine technische Fortschreibung des Status quo und um keine Präjudizierung zukünftiger politischer Entscheidungen. Damit wird deutlich, dass die WIFO-Studie nicht aufzeigt, wie die Zukunft sein wird, sondern wie sich die aktuellen Rahmenbedingungen und Tendenzen in der Zukunft auswirken würden.

Zentralen Einfluss auf die Ergebnisse langfristiger Projektionen haben die Datengrundlagen, die getroffenen Annahmen und die verwendeten Modellrechnungen. Ganz wesentlich sind die Schätzungen über die voraussichtliche Größe und die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung und der Erwerbstätigen in der Zukunft. Die in diesem Bericht verwendeten demografischen Daten beruhen auf der im November 2018 aktualisierten Bevölkerungsprognose der Statistik Austria.

Langfristige Projektionen über mehrere Jahrzehnte sind mit großen Unsicherheiten behaftet, daher bedarf der Umgang mit den Ergebnissen einer gewissen Vor- und Umsicht. Das Augenmerk sollte auf zeitlichen Verläufen und längerfristigen Entwicklungen liegen, nicht auf der Betrachtung einzelner weit in der Zukunft liegender Zahlen. Dieser Bericht stellt wie 2013 eine Basisvariante dar. Ergänzend werden auch die teils beträchtlichen Auswirkungen von sechs Szenarien auf Schuldenstand, Maastricht-Saldo/struktureller Saldo, Pensionsausgaben und BIP-Wachstum vorgestellt.

## 2 Methodische Bemerkungen

Das WIFO-Modell zur Schätzung der langfristigen finanziellen Entwicklungen des Staatshaushalts integriert die aktuelle Bevölkerungsprognose der Statistik Austria vom November 2018 mit wichtigen makroökonomischen Zusammenhängen der österreichischen Volkswirtschaft sowie langfristigen Aspekten der öffentlichen Haushalte. Im Unterschied zum letzten Bericht gibt es aufgrund der aktuell verfügbaren Daten nur eine Basisvariante<sup>3</sup>. Dieser Basisvariante liegt die Erwerbsprognose der Statistik Austria von 2018 zugrunde.

Die Darstellung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen erfolgt in Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), sodass eine Darstellung zentraler Fiskalindikatoren (Maastricht-Saldo/struktureller Saldo, Bruttoschuldenstand, Ausgaben- und Einnahmenquote) gegeben ist. Das Modell umfasst den Sektor Staat (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) als Gesamtheit.

Als allgemeine Modellannahme gilt der Grundsatz des „No Policy Change“: Es werden technisch alle gesetzlichen Regelungen fortgeschrieben. Nur in einzelnen Bereichen, wo eine strikte Fortschreibung der gegenwärtigen Rechtslage wenig plausibel ist – wie z.B. die Valorisierung der Familienbeihilfe im Bereich des Familienlastenausgleichsfonds, sowie bei anderen monetären Sozialleistungen, für die nicht explizit andere Annahmen getroffen wurden – wurden Plausibilitätsannahmen getroffen.

Die öffentlichen Einnahmen werden nach den folgenden vier Kategorien gesondert berechnet:

- Direkte Steuern
- Indirekte Steuern
- Sozialversicherungsbeiträge und
- Vermögenseinkommen und Sonstige Einnahmen

Bei den öffentlichen Ausgaben wird zwischen jenen Ausgaben, die von der demografischen Entwicklung abhängig sind, und jenen Ausgaben, die davon unabhängig sind, unterschieden.

---

<sup>3</sup> Für die Langfristige Budgetprognose 2016 standen 2 aktuelle, gleichwertige Erwerbsprognosen – eine von WIFO/IHS (Variante 1) und eine der EK (Variante 2) – zur Verfügung, weshalb 2 Hauptvarianten beschrieben wurden.

Zur ersten Gruppe von Ausgaben gehören:

- Ausgaben für Pensionsleistungen (inkl. jener für Beamtinnen und Beamte)
- Ausgaben für Gesundheitsleistungen
- Ausgaben für Pflegeleistungen
- Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds
- Ausgaben für Bildung
- Ausgaben aufgrund von Arbeitslosigkeit

Die Annahmen der einzelnen Ausgabenbereiche werden explizit dargestellt.

Zu den demografieunabhängigen Ausgaben zählen im Sinne von COFOG die Ausgaben für die allgemeine öffentliche Verwaltung, Verteidigung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, für wirtschaftliche Angelegenheiten, Infrastruktur (insbesondere auch für die ÖBB), Umweltschutz, Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste und Freizeitgestaltung und Kultur. Diese Ausgaben werden falls nicht anders erwähnt mit der Steigerungsrate des nominellen BIP extrapoliert.

Zusätzlich zur Basisvariante, auf der die Analysen der Ausgaben und Einnahmen in den Kapiteln 3 und 4 aufbauen, hat das WIFO sechs Szenarien erstellt:

1. Geringeres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität („Secular Stagnation“)
2. Höheres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität („New Growth“)
3. Geringere Migration nach Österreich
4. Höhere Lebenserwartung
5. Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen durch eine höhere Einkommenselastizität
6. Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum („BIP-Indexierung der monetären Sozialleistungen“)

Im Mittelpunkt der Fiskalkennzahlen stehen die Entwicklung des strukturellen Saldo und jene der gesamtstaatlichen Verschuldungsquote. Da in diesen Projektionen konjunkturelle Schwankungen nicht modelliert sind und keine Einmalmaßnahmen angenommen wurden, ist der strukturelle Saldo ab dem Jahr 2025 mit dem Maastricht-Saldo ident.

# 3 Langfristige Trends

## 3.1 Demografie

Der Basisvariante und den Szenarien (mit Ausnahme der Szenarien 3 und 4) dieses Berichtes liegt die Hauptvariante der aktuellen Bevölkerungsprognose von Statistik Austria aus dem Jahr 2018 zu Grunde. Diese zeigt folgende Trends:

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Österreich wächst bei gleichzeitiger Alterung der Bevölkerung. Ausgehend von 8,8 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern zur Jahresmitte 2018 werden zur Jahresmitte 2025 9,1 Mio., 2030 9,3 Mio. und 2060 9,7 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner prognostiziert. Der Bevölkerungsanstieg ist überwiegend auf Wanderungsgewinne (Einwanderungen minus Auswanderungen) und nicht auf Geburtenüberschüsse zurückzuführen. Die Anzahl der Sterbefälle steigt deutlich schneller als die Anzahl der Geburten, wodurch die Geburtenbilanz ab 2029 negativ wird. Ohne Zuwanderung würden die Bevölkerungszahl und in weiterer Folge das Erwerbspotenzial langfristig sinken.

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer bei Geburt steigt von 79,3 Jahren (2018) auf rund 86,7 Jahre (2060); die der Frauen von 84,4 Jahren (2018) auf 90,2 Jahre (2060).

Die Altersstruktur verschiebt sich deutlich hin zu älteren Personen. 2018 waren etwa 18,7% der Bevölkerung im Alter von 65 und älter, 2060 werden es bereits 28,1% sein. Im Großen und Ganzen ist es ausschließlich diese Gruppe, die im Prognosezeitraum stark anwächst (+65,1%), während die Gruppe der unter 15-Jährigen (+8,0%) nur leicht wächst und die der 15- bis 64-Jährigen um 4,8% schrumpft.

Im Jahr 2018 lebten in Österreich 1,28 Mio. Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Das entspricht 14,5% der Gesamtbevölkerung. Dieser Wert wird um 2047 mit 13,9% seinen Tiefpunkt erreichen und bis 2060 auf 14,2% leicht ansteigen. In absoluten Zahlen nimmt die Gruppe der unter 15-Jährigen bis 2030 auf 1,37 Mio. Personen bzw. um 7,5% zu, sinkt danach bis 2045 leicht ab und beträgt 2060 wieder 1,38 Mio. Kinder und Jugendliche.

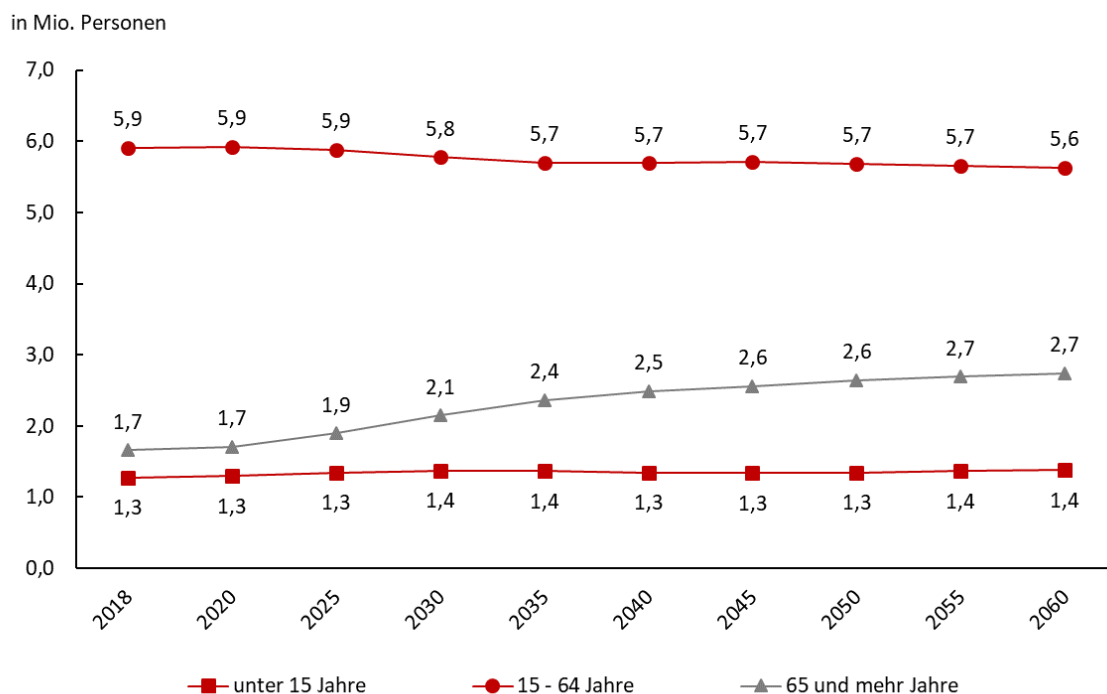
Im Jahr 2018 standen 5,91 Mio. Personen bzw. 66,8% der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Bis 2020 wird sich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter noch leicht auf 5,92 Mio. Personen erhöhen. Danach werden jedoch deutlich mehr Personen ins Pensionsalter übertreten als Jugendliche aus jüngeren

Altersklassen bzw. Zugewanderte dazukommen. Dementsprechend wird die Zahl der potenziellen Erwerbspersonen bis zum Jahr 2060 auf 5,63 Mio. sinken. Entsprechend verringern wird sich auch der Anteil der 15- bis 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung: Bis zum Jahr 2060 geht er auf 57,7% zurück.

Die am schnellsten wachsende Gruppe ist die der Personen ab 65 Jahren. Im Jahr 2018 gehörten dieser Gruppe 1,66 Mio. Personen bzw. 18,7% der Gesamtbevölkerung an. Bis 2060 vergrößert sich diese Gruppe um 65,1% auf 2,74 Mio. Personen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung vergrößert sich bis 2060 auf 28,1%.

Aus der sich ändernden Bevölkerungsstruktur ergeben sich auch stetig steigende „Belastungsquoten“, also von Personen im Alter unter 15 Jahren und ab 65 Jahren im Verhältnis zu Personen im Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahren: Kamen 2018 auf 1 Person im Erwerbsalter rund 0,50 im Nicht-Erwerbsalter, so werden es 2030 bereits 0,61, 2045 0,68 und 2060 gar 0,73 sein. Diese Quote ist aus finanzieller Sicht von Bedeutung, da sie die Relation zwischen potenziellen Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern und potenziellen Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern näherungsweise andeutet.

Diagramm 3: Erwartete Bevölkerungsstruktur für Österreich



Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung

Tabelle 2: Erwartete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2015-2060

	2018	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Personen (in Mio.)</b>										
Unter 15 Jahre	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4
15 - 64 Jahre	5,9	5,9	5,9	5,7	5,7	5,6	5,7	5,6	5,6	5,6
65 und mehr Jahre	1,7	1,7	1,9	2,1	2,4	2,5	2,6	2,6	2,7	2,8
<b>Gesamt</b>	<b>8,8</b>	<b>8,9</b>	<b>9,1</b>	<b>9,2</b>	<b>9,3</b>	<b>9,4</b>	<b>9,5</b>	<b>9,6</b>	<b>9,6</b>	<b>9,7</b>
<b>Personen (in % an der Gesamtbevölkerung)</b>										
Unter 15 Jahre	14,4	14,4	14,5	14,4	14,1	13,9	13,8	13,8	13,9	14,0
15 - 64 Jahre	66,8	66,4	64,7	62,4	60,6	59,8	59,4	58,7	58,1	57,6
65 und mehr Jahre	18,8	19,1	20,8	23,2	25,3	26,3	26,9	27,6	28,1	28,5
<b>Belastungsquote <sup>1)</sup></b>	<b>49,7</b>	<b>50,5</b>	<b>54,5</b>	<b>60,2</b>	<b>65,0</b>	<b>67,3</b>	<b>68,4</b>	<b>70,5</b>	<b>72,2</b>	<b>73,7</b>

Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2018

1) Personen unter 15 + Personen über 65 / Personen zwischen 15-64

## 3.2 Wirtschaftsentwicklung

Die langfristige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wurde vom WIFO auf Basis eines angebotsseitigen Modells geschätzt, bei dem die Wirtschaft langfristig entlang ihres Produktionspotenzials wächst. Das reale Wirtschaftswachstum wird dabei im Wesentlichen von den langfristigen demografischen Trends, welche das Arbeitsangebot determinieren, der Entwicklung des Kapitalstocks und dem technologischen Fortschritt bestimmt.

Für die demografischen Trends spielen die Bevölkerungsentwicklung und die Entwicklung der Beschäftigung eine wichtige Rolle. Die langfristigen Projektionen bauen auf der Bevölkerungsprognose 2018 sowie der Erwerbsprognose 2018 von Statistik Austria auf. Die Entwicklung der Beschäftigung steht im Spannungsfeld zwischen den anhaltend steigenden Erwerbsquoten von Frauen und älteren Menschen einerseits und dem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter andererseits, sodass die Gesamtzahl der Erwerbspersonen über den gesamten Prognosezeitraum von 2020 bis 2060 zunächst weiter ansteigt und nach 2050 vorübergehend leicht schrumpft. Die Arbeitslosenquote wird auf Basis eines AR(2)-Modells geschätzt und ist gemeinsam mit anderen makroökonomischen Parametern in Tabelle 3 dargestellt. Sie entwickelt sich von ihrem mittelfristigen Wert von 7,5% auf unter 7,2% bis 2060.

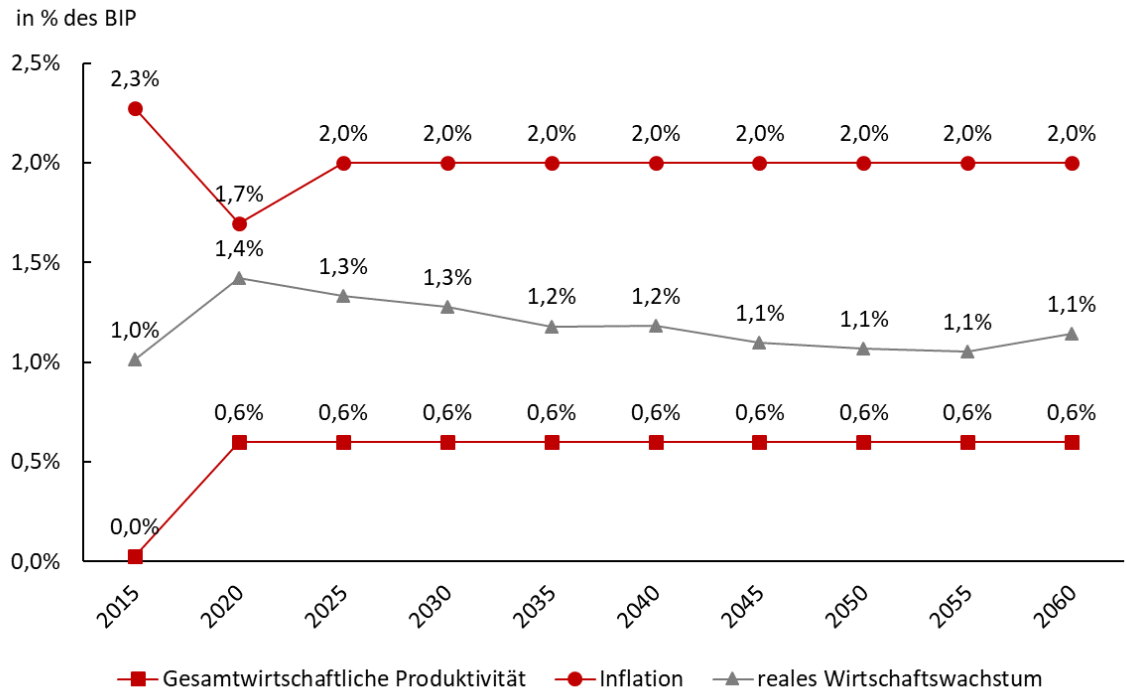
Die Entwicklung des Kapitalstocks ergibt sich aus der Annahme, dass das Verhältnis des Kapitalstocks zum BIP langfristig konstant gehalten wird.

Unsicherheit besteht bezüglich des künftigen technologischen Fortschritts (das entspricht im Modell dem Wachstum der Gesamtproduktivität). Im Durchschnitt des Zeitraumes von 1976 bis 2018 betrug die Gesamtproduktivität 0,6% pro Jahr, wobei sie durch die Wirtschaftskrise 2009 deutlich abgeschwächt wurde und seither nur um jährlich 0,3% zulegen. Langfristig wird die Annahme getroffen, dass sie sich gemäß dem langjährigen Durchschnitt mit jährlich 0,6% entwickelt. Um die damit verbundenen Unsicherheiten besser einschätzen zu können, gibt es zwei Szenarien: eines mit höherer („Höheres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität“) und eines mit niedrigerer („Geringeres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität“) Gesamtproduktivität.

Zwischen 1976 und 2018 ist die österreichische Wirtschaft im Durchschnitt real um 2,1% pro Jahr gewachsen. Für die Periode 2020 bis 2060 wird das reale Wirtschaftswachstum aufgrund des schwach wachsenden Arbeitskräfteangebots auf rund 1,2% pro Jahr geschätzt. Das prognostizierte Wachstum wird von Produktivitätssteigerungen und dem Kapitalstock getragen, wohingegen die Beschäftigung in Zukunft keinen nennenswerten Beitrag liefern dürfte. Steigende Erwerbsquoten von Frauen und älteren Menschen sowie der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte stehen dem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gegenüber. Der zunächst sinkende und später leicht negative Beitrag der Beschäftigung zum Wirtschaftswachstum stellt einen deutlichen Unterschied der künftigen zur Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte dar.

Ab 2021 wird mit einer Inflationsrate von 2% pro Jahr gerechnet.

Diagramm 4: Wirtschaftsentwicklung



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

Inflation und reales Wirtschaftswachstum im Jahr 2020 gemäß WIFO-Mittelfristprognose vom September 2019

Tabelle 3: Makroökonomische Annahmen

in %	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Gesamtwirtschaftliche Produktivität	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Inflation	2,3	1,7	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Arbeitslosenquote (national Def.)	9,1	7,5	7,5	7,3	7,2	7,2	7,2	7,2	7,2	7,2
reales Wirtschaftswachstum	1,0	1,4	1,3	1,3	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1
Erwerbsquote Männer (15-64)	80,1	80,4	80,7	81,4	82,2	82,5	82,5	82,6	82,6	82,7
Erwerbsquote Frauen (15-64)	70,9	73,0	75,1	77,9	79,7	80,5	80,7	81,0	81,0	81,0
Erwerbsquote gesamt (15-64)	75,5	76,7	77,9	79,7	80,9	81,5	81,6	81,8	81,8	81,8

Quelle: WIFO

Arbeitslosenquote, Inflation und reales Wirtschaftswachstum im Jahr 2020 gemäß WIFO-Mittelfristprognose vom September 2019

Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.



# 4 Ergebnisse

## 4.1 Demografieabhängige Ausgaben

### 4.1.1 Pensionsausgaben

Die Pensionsausgaben umfassen sowohl die Pensionsausgaben der gesetzlichen Pensionsversicherung als auch die Ausgaben der Gebietskörperschaften für die Pensionen der Beamtinnen und Beamten. Zusammen betragen diese Ausgaben 2018 13,3% des BIP. Im Zeitverlauf ist die Quote bis 2035 relativ stark steigend auf 15,0% des BIP. Danach schwanken die Pensionsausgaben um diesen Wert und erreichen 2060 mit 15,2% des BIP den Höchststand.

Hauptgrund für die deutliche Steigerung der Pensionsausgaben bis 2035 ist die Zunahme der Anzahl der Pensionempfänger in der gesetzlichen Pensionsversicherung insbesondere aufgrund der geburtenstarken Babyboom-Generation. Die Ausgaben für Pensionen der gesetzlichen Pensionsversicherung inklusive Rehabilitationsgeld steigen von 10,1% des BIP (39,1 Mrd. €) im Jahr 2018 auf 14,5% des BIP im Jahr 2060, wohingegen die Ruhestandbezüge von Beamtinnen und Beamten von 3,2% des BIP (12,2 Mrd. €) im Jahr 2018 auf 0,8% des BIP im Jahr 2060 zurückgehen. Die Verschiebung hin zu Pensionsausgaben im Rahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass auch im öffentlichen Dienst vermehrt Vertragsbedienstete anstelle von Beamtinnen und Beamten angestellt sind.

Zu höheren Pensionsausgaben führen außerdem:

- Neupensionen von Männern und Frauen sind durchschnittlich höher als die Bestands pensionen (durch längere Versicherungszeiten und weniger Abschläge als Folge der Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters)
- die Pensions-Bezugsdauer nimmt zu, weil die Lebenserwartung stärker steigt als das effektive Pensionsantrittsalter

Dämpfend auf die Pensionsausgaben wirkt sich hingegen die Ausweitung des Durchrechnungszeitraums aufgrund der Umstellung auf das Pensionskonto aus. Die Pensionsansprüche von Männern werden bis 2060 gegenüber 2018 um etwa 10% niedriger sein, jene der Frauen um etwa 7%.

Die pensionsbezogenen Gesetzesbeschlüsse vom 19. September 2019 sind in den Projektionen bereits enthalten. Die Abschaffung der Abschläge für Langzeitversicherte und die Abschaffung der Wartefrist für die erste Pensionserhöhung nach Pensionsantritt haben nach einer Übergangsphase langfristig Auswirkungen auf die Pensionsausgaben von etwa 0,5% des BIP pro Jahr.

Tabelle 4: Pensionsausgaben

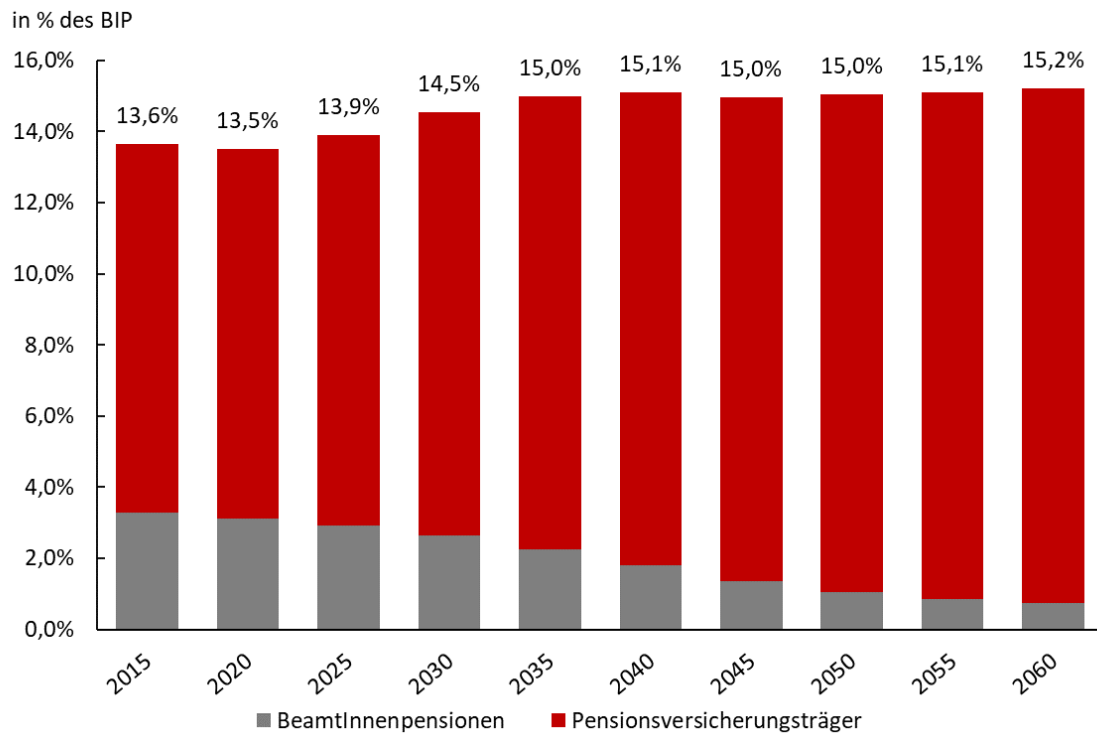
in % des BIP	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Pensionsversicherungsträger	10,4	10,4	11,0	11,9	12,7	13,3	13,6	14,0	14,2	14,5
Beamtenpensionen	3,3	3,1	2,9	2,6	2,3	1,8	1,4	1,0	0,9	0,8
<b>Gesamt</b>	<b>13,6</b>	<b>13,5</b>	<b>13,9</b>	<b>14,5</b>	<b>15,0</b>	<b>15,1</b>	<b>15,0</b>	<b>15,0</b>	<b>15,1</b>	<b>15,2</b>

Quelle: WIFO

Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Im Vergleich zum letzten Bericht 2016 sind die Resultate im Pensionsbereich ungünstiger. Ausgehend von einem niedrigeren Basiswert steigen die Pensionsausgaben langfristig zusätzlich zu den demografisch bedingten Effekten insbesondere auch aufgrund der zuletzt verabschiedeten Gesetzesbeschlüsse bis 2060 deutlich stärker an (+1,6 Prozentpunkte im Vergleich zu +0,4 Prozentpunkte in der Prognose 2016). Auch das geringere Produktivitätswachstum hat Auswirkungen auf die Pensionsausgaben.

Diagramm 5: Pensionsausgaben für gesetzliche Pensionsversicherung und Pensionen von BeamtInnen



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

#### 4.1.2 Gesundheitsausgaben

Die Ausgaben für Gesundheit lassen sich in demografieabhängige und nicht-demografieabhängige Ausgaben unterteilen. Ausgaben für Langzeitpflege werden hier nicht berücksichtigt, sie finden sich in Abschnitt 4.1.3 bei den Pflegeausgaben. Zu den demografieabhängigen Ausgaben zählen jene, die mit einem höheren Bedarf an Gesundheitsleistungen im höheren Alter, in der Kindheit, und bei Frauen im gebärfähigen Alter zusammenhängen. Nicht-demografieabhängige Ausgaben sind solche, die mit technologischen Änderungen, Arzneimittelkosten und sich ändernden Organisationsstrukturen einhergehen.

Die demografieabhängigen Ausgaben werden mittels altersabhängigen Ausgabenprofilen ermittelt. Die vergangenen Jahrzehnte zeigen, dass die Lebenszeit in subjektiv „sehr gutem“ Gesundheitszustand noch stärker gestiegen ist als die Lebenserwartung. Gleichzeitig weisen die Altersprofile der Gesundheitsausgaben ab der Lebensmitte steil nach oben. Seitens des WIFO wird daher angenommen, dass jeder Zugewinn in der Lebenserwartung im selben Ausmaß auch ein Zugewinn an gesunden Lebensjahren bedeutet, und somit die

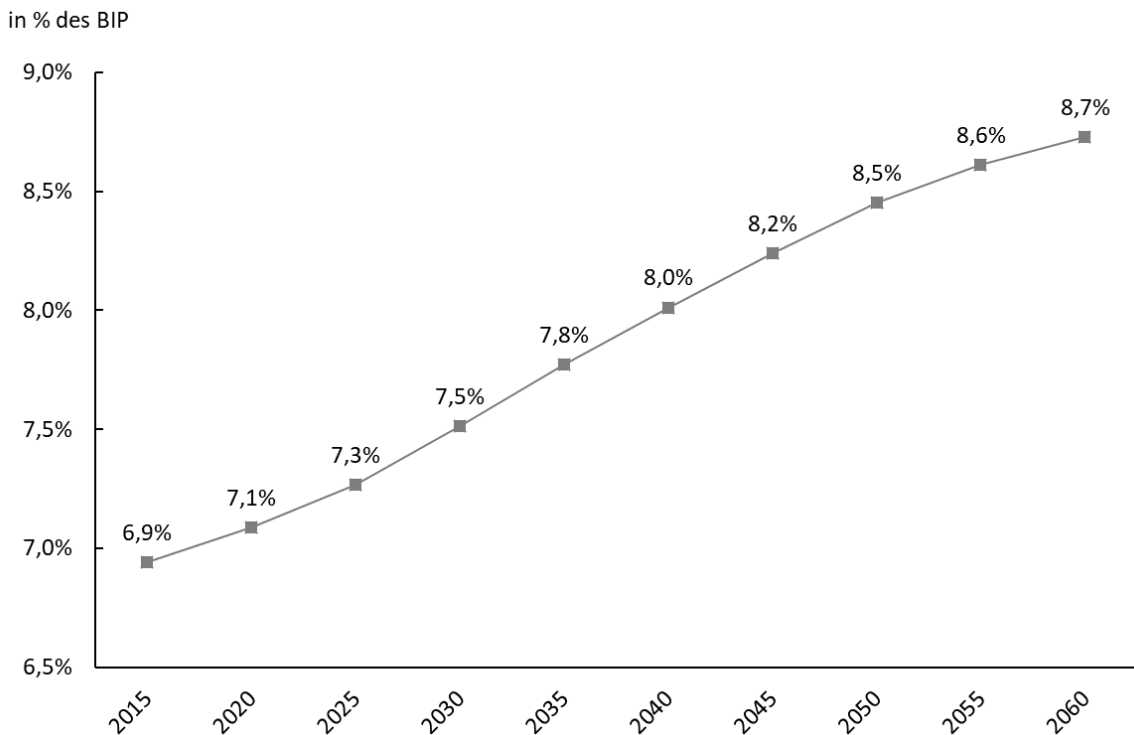
altersspezifischen Gesundheitsleistungen im gleichen Ausmaß verzögert in Anspruch genommen werden.

Bei den nicht-demografieabhängigen Ausgaben spielen unterschiedliche Faktoren eine Rolle. Einerseits steigt die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen mit höheren Einkommen (in der diesem Bericht zugrundeliegenden WIFO-Studie mit dem Faktor 1), andererseits sind es institutionelle Faktoren (Änderungen im Gesundheitswesen), die den Ausgabenpfad mitbestimmen. Studien haben außerdem gezeigt, dass technologische Entwicklungen sowohl kostendämpfend als auch kostentreibend wirken können. Obwohl technologischer Fortschritt manche Gesundheitsleistungen vergünstigt, so wirkt der Fortschritt oftmals auch kostentreibend, da er die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen erhöht, die Qualität der Gesundheitsversorgung verbessert, und neue Behandlungen und Therapien ermöglicht.

Das WIFO geht für die nicht-demografieabhängigen Ausgaben davon aus, dass die mit den Ländern vereinbarte Kostendämpfung eingehalten wird. Aus der Einhaltung des vorgesehenen Kostendämpfungspfads ergibt sich eine jährliche Steigerung bei den nicht-demografieabhängigen Kosten von 0,35%.

Im Ergebnis steigen die Ausgaben für Gesundheitsleistungen entsprechend der Annahmen von 7,1% des BIP im Jahr 2018 auf 8,7 % im Jahr 2060.

Diagramm 6: Öffentliche Gesundheitsausgaben



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

Verglichen mit 2016, fallen die Ergebnisse im Gesundheitsbereich aus finanzieller Sicht etwas günstiger aus. Einerseits liegt dies daran, dass die Basisvariante 2020 bereits um etwa 0,3% des BIP niedriger ist als die beiden Hauptvarianten 2016. Andererseits wird auch der Anstieg der Gesundheitsausgaben in den Projektionen 2019 etwas weniger steil prognostiziert, was an der geringfügig besseren Annahme zur Wirkung des vereinbarten Kostendämpfungpfads (jährliche Steigerung der Ausgaben aufgrund von technologischem Fortschritt 0,3% statt 0,35%) und an der Demografieprognose liegt.

### 4.1.3 Pflegeausgaben

Unter den Pflegeausgaben werden sowohl Ausgaben für monetäre Leistungen (Pflegegeld) als auch für Sachleistungen im Zusammenhang mit Langzeitpflege verstanden.

Die Projektion funktioniert in diesem Bereich ähnlich wie im Gesundheitsbereich. Es werden altersspezifische Ausgabenprofile erstellt und mit der Bevölkerungsprognose in Einklang gebracht. Es wird auch im Pflegebereich davon ausgegangen, dass die erhöhte Lebenserwartung zu einer gleich hohen Verschiebung der Ausgabenprofile führt. Diese Annahme wird sowohl für Geld- als auch für Sachleistungen getroffen. Zusätzlich geht das WIFO davon aus, dass die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen steigt, da die unentgeltliche Pflege innerhalb der Familie abnimmt. Da überwiegend Frauen zwischen 40 bis 65 Angehörige pflegen, ist die Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen proportional zu dem Anstieg der Erwerbsquote dieser Bevölkerungsgruppe modelliert.

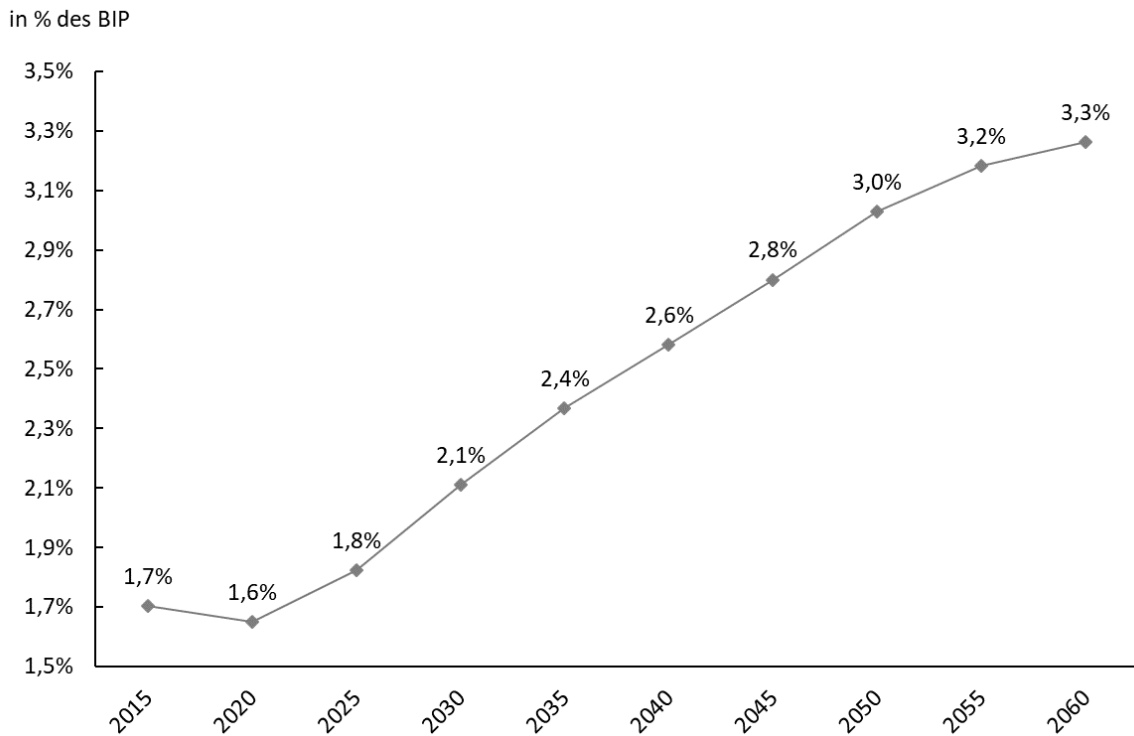
Die Pflegegeldsätze werden mit der Inflationsrate fortgeschrieben, obwohl dies nicht der gesetzlichen Lage entspricht<sup>4</sup>. Bei den Sachleistungen entwickeln sich die Kosten geringfügig höher als die Löhne und daher wird eine Kostensteigerungselastizität in Bezug auf Lohnzuwächse von 1,3 angenommen (hoher Nachfragedruck und kaum Produktivitätsfortschritte).

Die Ausgaben für die Pflege steigen – stärker als in den vergangenen Jahrzehnten – kontinuierlich über den Prognosezeitraum an. 2018 betragen die Pflegeausgaben 1,6% vom BIP und werden bis 2060 auf 3,3% des BIP anwachsen.

---

<sup>4</sup> Siehe die Anmerkungen zur „No Policy Change“-Annahme im Kapitel 2 „Methodische Bemerkungen“

Diagramm 7: Öffentliche Pflegeausgaben



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

#### 4.1.4 Bildungsausgaben

Die Prognose der öffentlichen Bildungsausgaben umfasst alles vom Kindergarten bis zur Universität. Für die Ausgaben für Kindergärten, Primär- und Sekundarstufe werden die aktuellen Schülerinnen- und Schülerzahlen entsprechend der Bevölkerungsprognose fortgeschrieben und die Betreuungsverhältnisse konstant gehalten. Daraus ergibt sich ein Zuwachs an Lehr- und Betreuungspersonal um rund 13.200 bis 2060 (von derzeit 154.300). Die Löhne des Lehr- und Betreuungspersonals entwickeln sich nach Annahme des WIFO wie im Privatsektor.

Im tertiären Bereich geht das WIFO derzeit von einem Sinken der Studierendenzahlen bis 2060 aus: Von derzeit rund 383.000 Studierenden auf 373.100. Diese Prognose ergibt sich ausschließlich aus den Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung der Gruppe der 20 bis 24-Jährigen. Die Anzahl des Lehrpersonals sinkt von 32.500 auf 31.700, wodurch auch die Ausgaben für Lehrpersonal abnehmen.

Neben den Personalausgaben bestehen die Bildungsausgaben zu einem Drittel aus Sachausgaben, die im WIFO-Bericht mit der Steigerungsrate des nominellen BIP fortgeschrieben werden.

Daraus ergeben sich über den Prognosezeitraum im Verhältnis zum BIP weitgehend konstante Bildungsausgaben von um die 4,9%.

Diagramm 8: Öffentliche Bildungsausgaben



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

#### 4.1.5 Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)

Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) finanziert neben der Familienbeihilfe und dem Kinderbetreuungsgeld auch die Pensionsversicherungsbeiträge für Zeiten der Kindererziehung; darüber hinaus neben anderen noch die Schülerinnen- und Schülerfreifahrt und die Schulbuchaktion.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Ausgabenkategorien werden die Leistungen des FLAF in der Modellierung des WIFO inflationsangepasst, obwohl dies nicht der gesetzlichen Lage entspricht. Es entspricht jedoch der gängigen Praxis, in regelmäßigen Abständen die Familienbeihilfe anzuheben, um ihren realen Wert zu erhalten. Die Ausgaben für die fixen Varianten des Kinderbetreuungsgelds werden ebenso inflationsangepasst fortgeschrieben, während die einkommensabhängige Variante mit der Lohnentwicklung ansteigt.

Die Ausgaben für Schulbücher und die Schülerinnen- und Schülerfreifahrt werden ebenso mit der Inflation valorisiert. Die Zahlungen an die Pensionsversicherung werden basierend auf den vorhergesagten Geburtenzahlen und der Lohnentwicklung projiziert<sup>5</sup>.

Es zeigt sich, dass die Ausgaben des FLAF im Verhältnis zum BIP während des Prognosezeitraums rückläufig sind. Die Ausgaben, die größtenteils mit der Inflation angepasst werden, gehen von 1,8% des BIP im Jahr 2018 auf 1,4% des BIP im Jahr 2060 zurück. Da die Einnahmen des FLAF – sie stammen zu 80% aus Dienstgeberbeiträgen, der Rest hauptsächlich aus Einkommen- und Körperschaftsteuer – des FLAF langfristig 1,7% des BIP betragen, wird der FLAF voraussichtlich ab Mitte der 2020er-Jahre einen positiven Saldo aufweisen.

Tabelle 5: Entwicklung der Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds

in Mrd. € zu laufenden Preisen	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Familienbeihilfe	3,4	3,5	3,9	4,4	4,9	5,4	5,9	6,5	7,2	8,1
Kinderbetreuungsgeld	1,1	1,3	1,4	1,6	1,8	2,0	2,3	2,6	3,0	3,4
Freifahrten und Schulbücher	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,4
Sonstige <sup>1)</sup>	1,9	2,0	2,4	2,7	3,1	3,7	4,4	5,2	6,1	7,1
Ausgaben gesamt	6,9	7,4	8,3	9,4	10,6	12,0	13,6	15,5	17,6	19,9
in % des BIP	2,0	1,8	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4

Quelle: WIFO

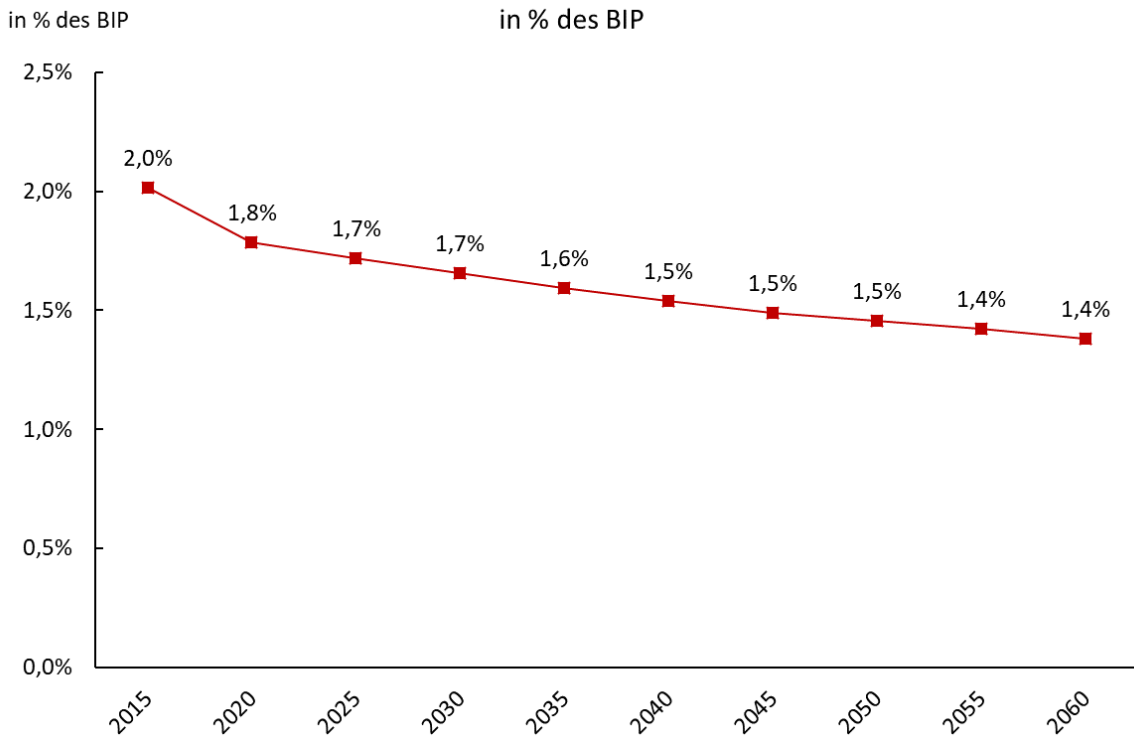
Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

1) Wochengeld, Pensionsbeiträge, etc.

<sup>5</sup> Die Überweisung der Pensionsversicherungsbeiträge stellt einen innerstaatlichen Transfer dar, der hier mitmodelliert wird um den FLAF gesamthaft darzustellen.



Diagramm 9: Entwicklung der Ausgaben des FLAF



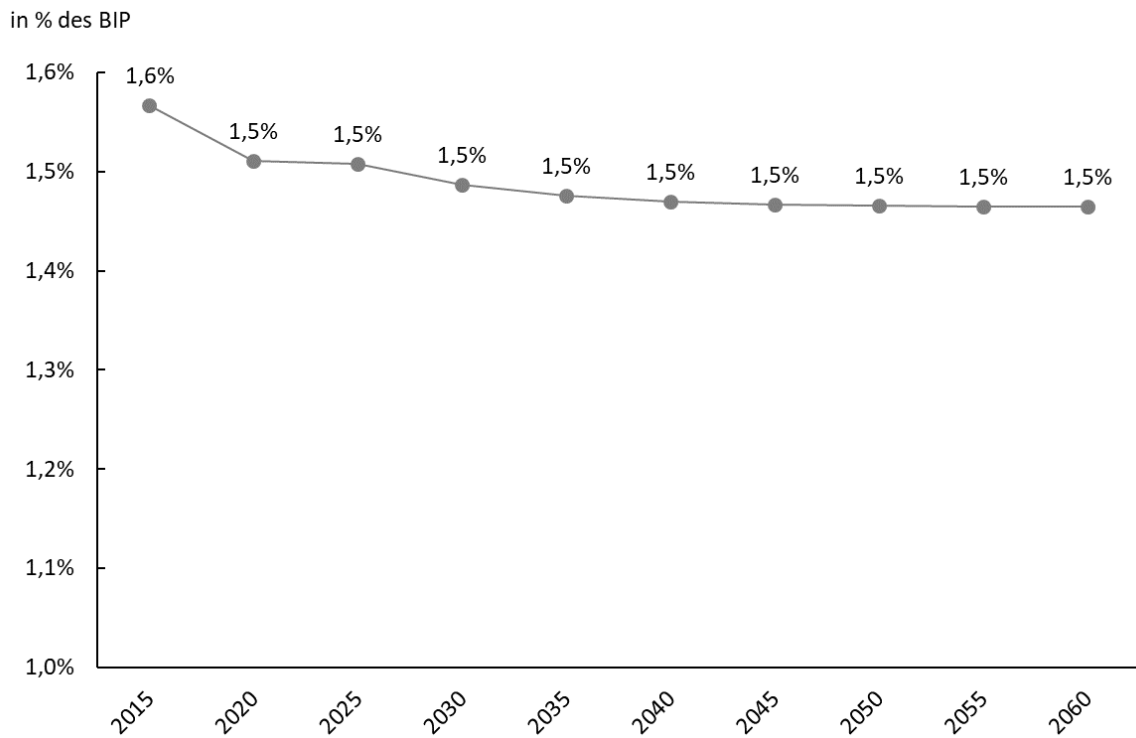
Quelle: WIFO, eigene Darstellung

#### 4.1.6 Arbeitslosenunterstützung

Die öffentlichen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sind in Geldleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) und die aktive Arbeitsmarktpolitik (Lohnzuschüsse, Ausbildungsmaßnahmen) zu unterteilen. Beide sind im Wesentlichen von der Lohnsumme und der angenommenen Arbeitslosigkeit abhängig. Wie in 3.2 „Wirtschaftsentwicklung“ bereits beschrieben, wird diese ausgehend von 7,7% 2018 langfristig mit 7,2% nach nationaler Definition angenommen.

Die daraus resultierenden Ausgaben für die öffentlichen Haushalte lagen 2018 bei 1,5% des BIP und bleiben während des Prognosezeitraumes bis 2060 auf diesem Level.

Diagramm 10: Öffentliche Ausgaben - Arbeitslosigkeit



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

## 4.2 Nicht-demografieabhängige Ausgaben

Zu den nicht-demografieabhängigen Ausgaben zählen insbesondere:

- Hoheitsverwaltung
- Innere und äußere Sicherheit
- Wirtschaftliche Angelegenheiten
- Schienenverkehr (ÖBB) und sonstiger Verkehr
- Umweltschutz
- Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste
- Freizeitgestaltung, Sport und Kultur
- Zinsen

Explizit ausgewiesen werden im Bericht des WIFO die Zinsen, wobei diese sich aus der Zinsbelastung für bestehende Verbindlichkeiten des Staates und den Zinsausgaben für die Neuverschuldung (Primärdefizit plus Tilgung der Altschulden) zusammen. Der Zinssatz für die „Altverschuldung“ errechnet sich aus der Relation von Zinsaufwand zur Verschuldung in der Vergangenheit. Für die Neuverschuldung wird angenommen, dass sich der Zinssatz (Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen) in Abhängigkeit mit dem Wachstum der

Arbeitsproduktivität zu laufenden Preisen entwickelt. Langfristig wird mit einem positiven Abstand (Aufschlag auf das Wachstum der Arbeitsproduktivität) von 0,5 Prozentpunkten gerechnet.

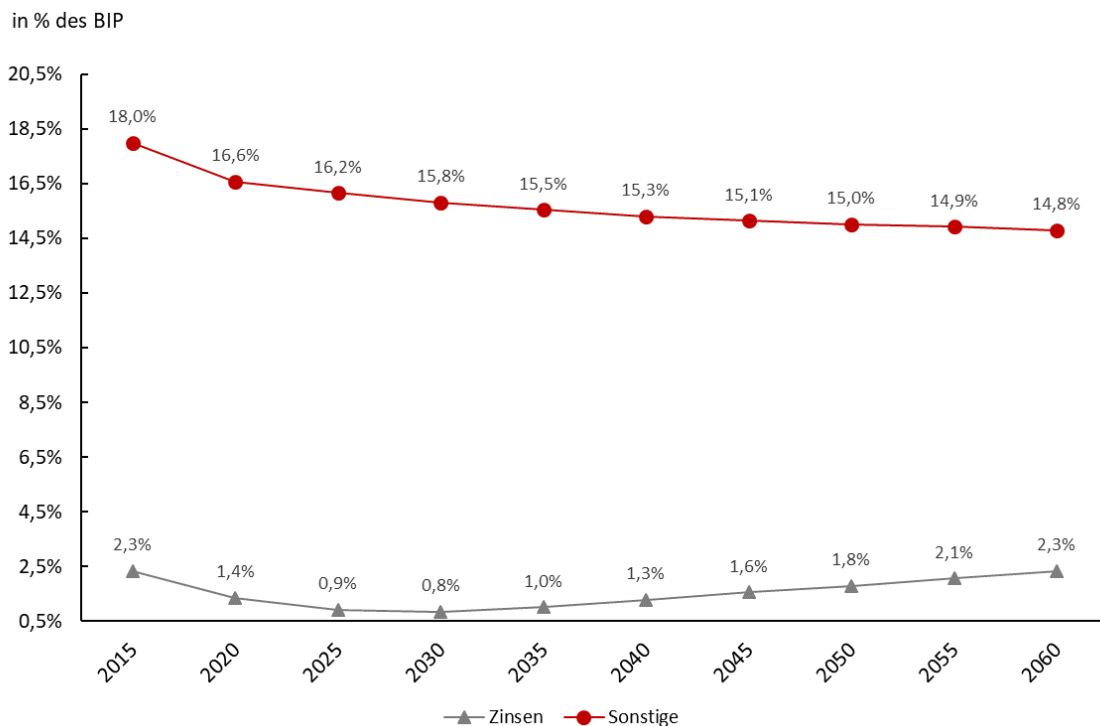
Im Jahr 2018 betrug die Zinsausgaben 1,6% des BIP. Bis 2030 sinken diese auf 0,8% und steigen bis 2060 wieder auf 2,3% des BIP an. Das Sinken der Zinsausgaben zu Beginn des Prognosezeitraumes hat einerseits damit zu tun, dass der Durchschnittszinssatz für neu begebene Anleihen niedriger ist, als der Zinssatz für die bestehenden Verbindlichkeiten. Andererseits sind die Einnahmen und Ausgaben annähernd gleich und der Schuldenstand sinkt. Der spätere Anstieg der Zinsbelastung erklärt sich durch die unterstellte Normalisierung der Geldpolitik (der Zinssatz steigt von 1,7% im Jahr 2024 auf 3,3% im Jahr 2040 und beträgt im Jahr 2060 3,6%) und durch wachsende Defizite.

Tabelle 6: Nicht-demografieabhängige öffentliche Ausgaben

in % des BIP	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Zinsen	2,3	1,4	0,9	0,8	1,0	1,3	1,6	1,8	2,1	2,3
Sonstige	18,0	16,6	16,2	15,8	15,5	15,3	15,1	15,0	14,9	14,8

Quelle: WIFO

Diagramm 11: Nicht-demografieabhängige öffentliche Ausgaben



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

## 4.3 Einnahmen

Die gesamten Einnahmen des Staates betragen 2018 48,8% des BIP. Diese sinken in der Projektion bis 2020 auf 48,2% und steigen anschließend bis ins Jahr 2060 wieder auf 48,6% des BIP an. Die Einnahmen werden in folgenden 4 Kategorien dargestellt, deren Anteile über den Prognosezeitraum relativ konstant bleiben:

- Sozialbeiträge,
- Direkte Steuern (Einkommen- und Vermögensteuern),
- Indirekte Steuern (Produktions- und Importabgaben) sowie
- Sonstige Einnahmen (z.B. Vermögenseinkommen).

Die Sozialbeiträge umfassen die Pflichtbeiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen, insbesondere die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur Pensionsversicherung, zur Krankenversicherung und zur Unfallversicherung. Die Sozialbeiträge pendeln sich langfristig bei 31,4% der gesamten Staatseinnahmen ein.

Zu den direkten Steuern zählen die Lohnsteuer, die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragssteuer. Diese Steuern machen rund 28% der Gesamteinnahmen aus. Die Lohnsteuer stellt die größte einzelne Progressionssteuer dar. Sie wird grundsätzlich auf Löhne und Gehälter sowie auf Pensionseinkommen erhoben.

Die indirekten Steuern sind jene Steuern, die auf die Preise der Waren und Dienstleistungen übergewälzt werden, die die Konsumentinnen und Konsumenten kaufen. Die indirekten Steuern betragen ebenfalls etwa 28% der Gesamteinnahmen. Die quantitativ wichtigste indirekte Steuer ist die Umsatzsteuer. Andere bedeutende indirekte Steuern sind die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer sowie Kommunal- und sonstige Verbrauchsteuern. Abweichend dazu werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds und die Kommunalsteuer zu den indirekten Steuern gezählt.

Die sonstigen Einnahmen umfassen ein Konglomerat von Einnahmen wie die Vermögenseinkommen (Dividenden, Zinseinnahmen), Einnahmen aus Produktionserlösen und Gebühren, Transferleistungen und diverse andere Einnahmen. Die sonstigen Einnahmen haben mit einem Anteil von 12,5% an den Gesamteinnahmen eine geringere Bedeutung.

Gemäß der WIFO-Studie entwickeln sich die Einnahmen wie die gewichteten Wachstumsraten der jeweiligen Beitragsgrundlagen, welche nur minimal vom BIP-Wachstum

abweichen. (siehe Tabelle 7 „Öffentliche Einnahmen“). Dies entspricht am ehesten der „No Policy Change“-Annahme.

Tabelle 7: Öffentliche Einnahmen

in % des BIP	2015	2020 *	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Sozialbeiträge	15,1	15,2	15,2	15,2	15,2	15,2	15,2	15,2	15,3	15,3
Direkte Steuern	14,2	13,4	13,5	13,6	13,6	13,7	13,7	13,7	13,7	13,7
Indirekte Steuern	14,3	13,6	13,6	13,6	13,6	13,6	13,6	13,6	13,6	13,6
Sonstige Einnahmen	6,5	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>50,1</b>	<b>48,2</b>	<b>48,3</b>	<b>48,4</b>	<b>48,5</b>	<b>48,5</b>	<b>48,5</b>	<b>48,5</b>	<b>48,6</b>	<b>48,6</b>

Quelle: WIFO

\* BMF, Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020

Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

# 5 Szenarien und Sensitivitätsanalysen

Insgesamt wurden vom WIFO zusätzlich zur Basisvariante 6 Szenarien projiziert, um die Auswirkungen abweichender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen auf die Schuldenquote, den Maastricht-Saldo/strukturellen Saldo, das Wirtschaftswachstum und bedeutsame öffentliche Ausgaben wie z.B. die Pensions-, Gesundheits-, Pflege- und Bildungsausgaben darzustellen.

Die 6 Szenarien aus Sicht der öffentlichen Finanzen sind:

1. Geringeres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität („Secular Stagnation“)
2. Höheres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität („New Growth“)
3. Geringere Migration nach Österreich
4. Höhere Lebenserwartung
5. Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen durch eine höhere Einkommenselastizität
6. Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum („BIP-Indexierung der monetären Sozialleistungen“)

Tabelle 8: Vergleich der Basisvariante mit den Szenarien

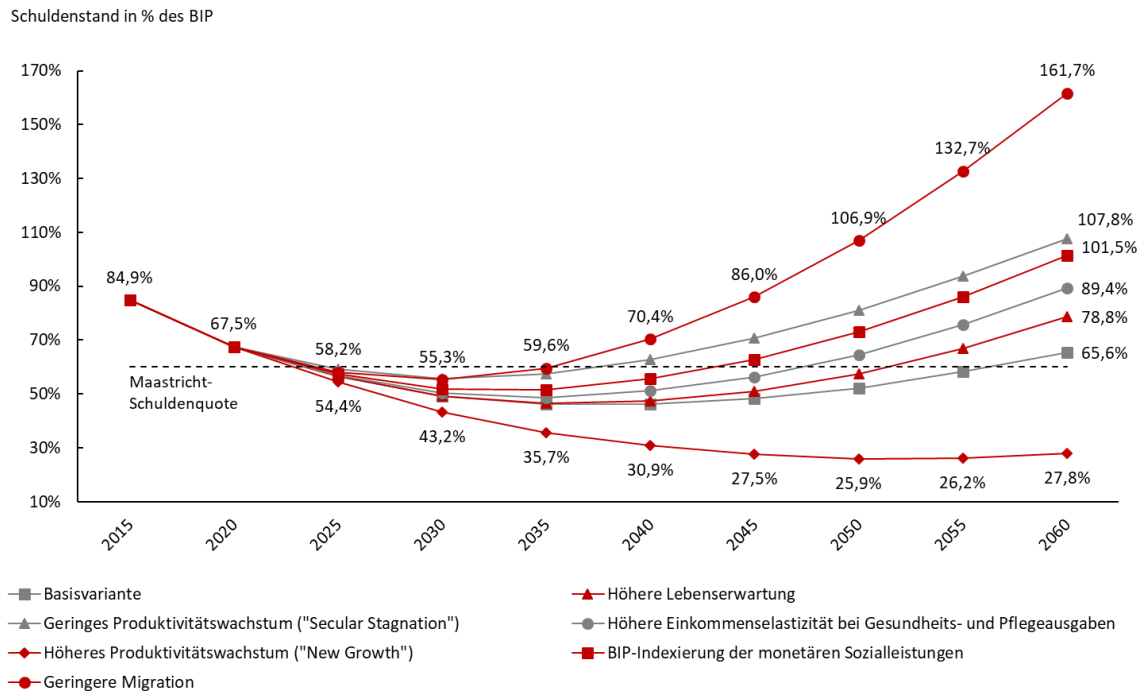
in % des BIP	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Basisvariante</b>										
Schuldenquote	84,9	67,5	56,7	49,3	46,2	46,3	48,2	52,2	58,2	65,6
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	0,2	-0,4	-1,1	-1,6	-2,0	-2,5	-3,0	-3,5
BIP-Wachstum	1,0	1,4	1,3	1,3	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1
Pensionsausgaben	13,6	13,5	13,9	14,5	15,0	15,1	15,0	15,0	15,1	15,2
Gesundheitsausgaben	6,9	7,1	7,3	7,5	7,8	8,0	8,2	8,5	8,6	8,7
Pflegeausgaben	1,7	1,6	1,8	2,1	2,4	2,6	2,8	3,0	3,2	3,3
<b>Szenario 1: Geringeres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität</b>										
Schuldenquote	84,9	67,5	59,1	55,7	57,4	62,9	70,7	81,0	93,6	107,8
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	-0,3	-1,3	-2,2	-3,0	-3,6	-4,3	-5,1	-5,7
BIP-Wachstum	1,0	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Pensionsausgaben	13,6	13,6	14,2	15,1	15,7	15,9	15,8	15,9	15,9	16,1
Pflegeausgaben	1,7	1,7	1,8	2,1	2,4	2,6	2,8	3,0	3,2	3,2
<b>Szenario 2: Höheres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität</b>										
Schuldenquote	84,9	67,5	54,4	43,2	35,7	30,9	27,5	25,9	26,2	27,8
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	0,7	0,4	-0,1	-0,3	-0,4	-0,7	-1,1	-1,3
BIP-Wachstum	1,0	1,8	1,7	1,7	1,6	1,6	1,5	1,5	1,4	1,5
Pensionsausgaben	13,6	13,4	13,6	14,0	14,3	14,4	14,2	14,3	14,3	14,5
Pflegeausgaben	1,7	1,6	1,8	2,1	2,4	2,6	2,8	3,1	3,2	3,3
<b>Szenario 3: Geringere Migration nach Österreich</b>										
Schuldenquote	84,9	67,5	58,2	55,3	59,6	70,4	86,0	106,9	132,7	161,7
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	-0,2	-1,5	-3,0	-4,5	-5,8	-7,4	-8,9	-10,4
BIP-Wachstum	1,0	1,3	1,1	0,9	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,9
Pensionsausgaben	13,6	13,5	14,1	15,0	15,7	16,1	16,1	16,4	16,6	16,7
Gesundheitsausgaben	6,9	7,1	7,3	7,6	8,0	8,3	8,6	8,8	9,0	9,1
Pflegeausgaben	1,7	1,6	1,8	2,2	2,5	2,7	3,0	3,2	3,4	3,5
<b>Szenario 4: Höhere Lebenserwartung</b>										
Schuldenquote	84,9	67,5	56,7	49,2	46,5	47,4	50,9	57,4	66,9	78,8
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	0,2	-0,5	-1,2	-1,9	-2,4	-3,2	-4,1	-4,9
Pensionsausgaben	13,6	13,5	14,0	14,7	15,2	15,5	15,5	15,7	16,0	16,2
Gesundheitsausgaben	6,9	7,0	7,2	7,4	7,7	7,9	8,2	8,4	8,6	8,8
Pflegeausgaben	1,7	1,6	1,8	2,0	2,3	2,5	2,7	2,9	3,1	3,3
<b>Szenario 5: Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen durch eine höhere Einkommenselastizität</b>										
Schuldenquote	84,9	67,5	57,0	50,3	48,7	51,1	56,2	64,5	75,8	89,4
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	0,1	-0,7	-1,6	-2,3	-2,9	-3,8	-4,7	-5,5
Gesundheitsausgaben	6,9	7,2	7,5	7,8	8,2	8,6	9,0	9,4	9,7	10,0
Pflegeausgaben	1,7	1,7	1,9	2,2	2,5	2,7	3,0	3,3	3,5	3,7
<b>Szenario 6: Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum</b>										
Schuldenquote	84,9	67,5	57,4	51,8	51,5	55,7	62,8	73,0	86,2	101,5
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	-0,1	-0,9	-2,0	-2,8	-3,5	-4,4	-5,3	-6,2
Pflegeausgaben	1,7	1,7	1,9	2,2	2,5	2,8	3,0	3,3	3,5	3,6

Quelle: WIFO

Schuldenquote und Maastricht-Saldo im Jahr 2020 gemäß Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020.

Reales Wirtschaftswachstum im Jahr 2020 gemäß WIFO-Mittelfristprognose vom September 2019

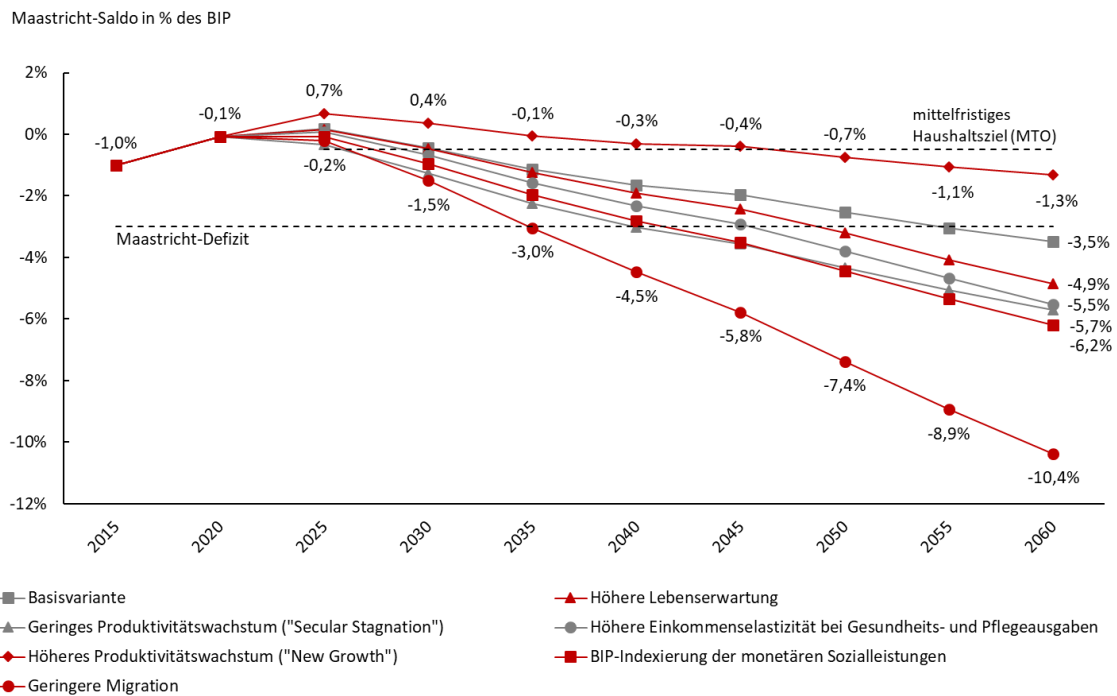
Diagramm 12: Auswirkungen der Szenarien auf die öffentliche Schuldenquote



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

Im Jahr 2020 wurde für die Basisvariante die Schuldenquote gemäß der Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020 ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.

Diagramm 13: Auswirkungen der Szenarien auf den Maastricht-Saldo/strukturellen Saldo

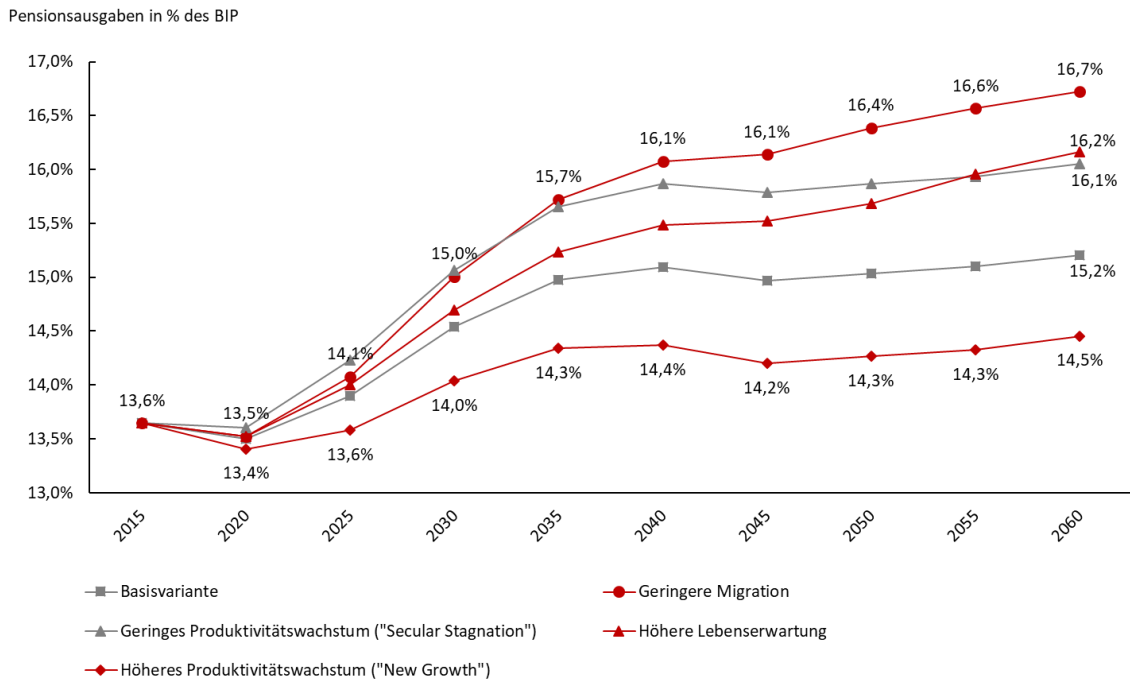


Quelle: WIFO, eigene Darstellung

Im Jahr 2020 wurde für die Basisvariante der Maastricht-Saldo gemäß der Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020 ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.



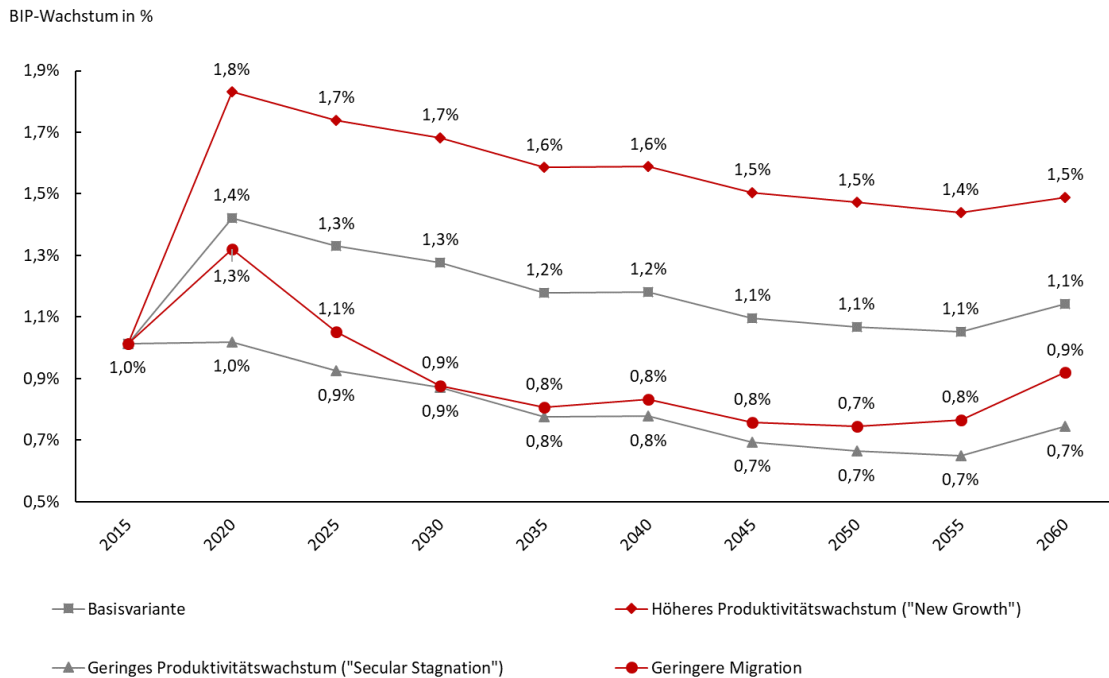
Diagramm 14: Auswirkungen der Szenarien auf die Pensionsausgaben



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

Nur die dargestellten Szenarien haben Auswirkungen auf die Pensionsausgaben.

Diagramm 15: Auswirkungen der Szenarien auf das BIP-Wachstum



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

Nur die dargestellten Szenarien haben Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum.

Im Jahr 2020 wurde für die Basisvariante das BIP-Wachstum gemäß der Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020 ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.

## 5.1 Geringeres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität

Seit der Wirtschaftskrise 2009 legte die gesamtwirtschaftliche Produktivität nur um jährlich 0,3% zu, weniger dynamisch als im langjährigen jährlichen Durchschnitt von 0,6%. In diesem Risikoszenario wird untersucht welche Auswirkungen es hätte, falls die gesamtwirtschaftliche Produktivität 0,4% pro Jahr betragen würde und nicht wie in der Basisvariante langfristig wieder auf 0,6% ansteigen wird.

Das durchgehend geringere Wachstum der Produktivität hat längerfristig massive Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum, strukturellen Saldo und die Schuldenquote. Das reale Wirtschaftswachstum ist um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr niedriger, was 2060 zu einem um etwa 15% niedrigeren BIP führt. Die Pensionsausgaben als Anteil am BIP steigen dadurch bis 2060 auf 16,1% an. Damit einher gehen eine stetige Verschlechterung des strukturellen Saldos und ein Anstieg der Schuldenquote bis 2060 auf 107,8% des BIP. Das mittelfristige Haushaltsziel – gemessen mittels strukturellem Saldo von -0,5% des BIP – wird bereits im Jahr 2026 nicht mehr erreicht.

Tabelle 9: Auswirkungen des Szenarios „Geringeres Produktivitätswachstum“ auf...

in % des BIP	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Schuldenquote	84,9	67,5	59,1	55,7	57,4	62,9	70,7	81,0	93,6	107,8
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	-0,3	-1,3	-2,2	-3,0	-3,6	-4,3	-5,1	-5,7
BIP-Wachstum	1,0	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Pensionsausgaben	13,6	13,6	14,2	15,1	15,7	15,9	15,8	15,9	15,9	16,1
Gesundheitsausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pflegeausgaben	1,7	1,7	1,8	2,1	2,4	2,6	2,8	3,0	3,2	3,2

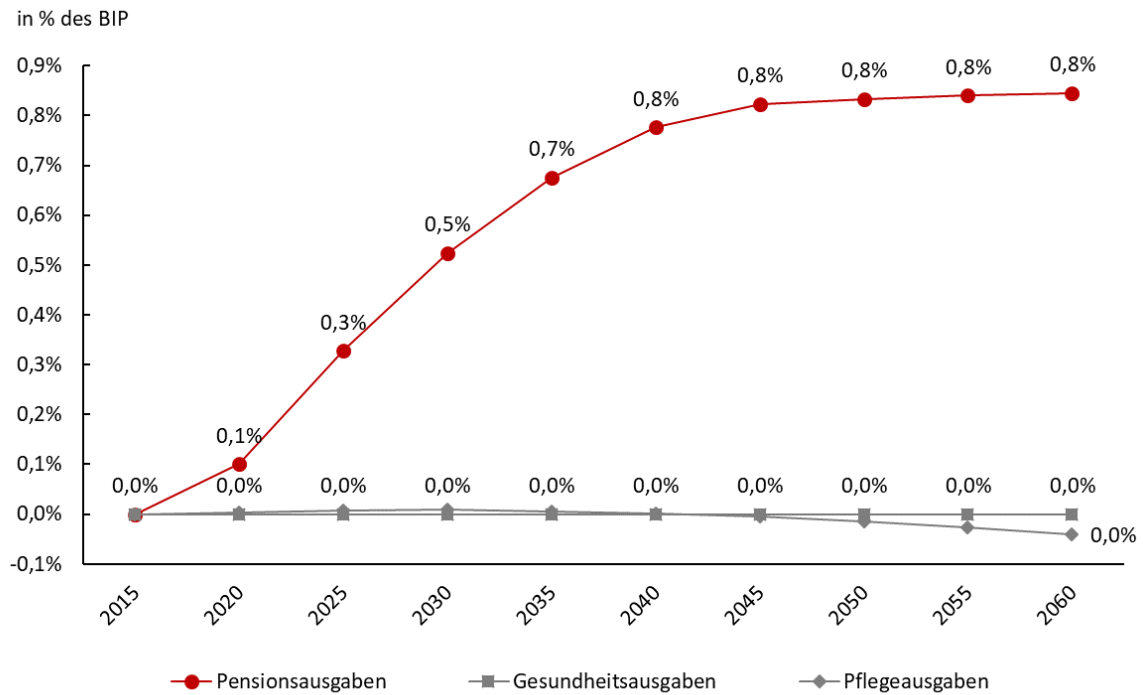
Quelle: WIFO

Schuldenquote und Maastricht-Saldo im Jahr 2020 gemäß Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020

Reales Wirtschaftswachstum im Jahr 2020 gemäß WIFO-Mittelfristprognose vom September 2019

Das angeführte Szenario hat keine Auswirkungen auf die Gesundheitsausgaben.

Diagramm 16: Auswirkungen des Szenarios „Geringeres Produktivitätswachstum“ auf...



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

## 5.2 Höheres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität

Seit der Wirtschaftskrise 2009 legte die gesamtwirtschaftliche Produktivität nur um jährlich 0,3% zu und war damit niedriger als im langjährigen jährlichen Durchschnitt mit 0,6%. In diesem Szenario wird untersucht welche positiven Auswirkungen ein Produktivitätsschub (z.B. durch die Digitalisierung) hätte. Es wird angenommen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktivität jährlich mit 0,8% wächst statt 0,6% in der Basisvariante.

Die höhere Produktivität wirkt sich positiv auf Wirtschaftswachstum, strukturellen Saldo und Schuldenquote aus. Das reale BIP-Wachstum steigt um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr schneller als in der Basisvariante, wodurch das BIP im Jahr 2060 um 18% höher ist. Die Pensionsausgaben steigen verzögert an, da die Neupensionen von den höheren Lohnzuwächsen nach und nach profitieren. Die Pensionsausgaben sinken in Relation zum BIP auf 14,5%. Der strukturelle Saldo bleibt lange Zeit positiv und wird erst im Jahr 2047 unter -0,5% des BIP absinken. Die Schuldenquote sinkt markant ab und steigt erst zum Ende des Prognosezeitraum allmählich wieder an, auf 27,8% im Jahr 2060.

Tabelle 10: Auswirkungen des Szenarios „Höheres Produktivitätswachstum“ auf...

in % des BIP	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Schuldenquote	84,9	67,5	54,4	43,2	35,7	30,9	27,5	25,9	26,2	27,8
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	0,7	0,4	-0,1	-0,3	-0,4	-0,7	-1,1	-1,3
BIP-Wachstum	1,0	1,8	1,7	1,7	1,6	1,6	1,5	1,5	1,4	1,5
Pensionsausgaben	13,6	13,4	13,6	14,0	14,3	14,4	14,2	14,3	14,3	14,5
Gesundheitsausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pflegeausgaben	1,7	1,6	1,8	2,1	2,4	2,6	2,8	3,1	3,2	3,3

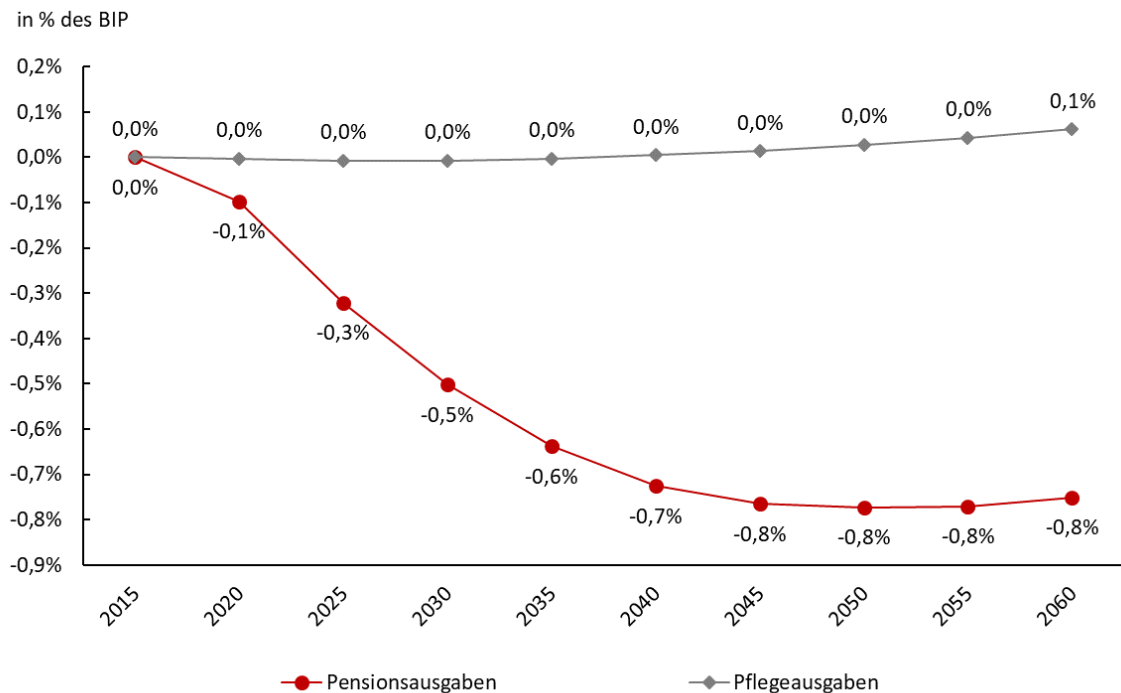
Quelle: WIFO

Schuldenquote und Maastricht-Saldo im Jahr 2020 gemäß Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020

Reales Wirtschaftswachstum im Jahr 2020 gemäß WIFO-Mittelfristprognose vom September 2019

Das angeführte Szenario hat keine Auswirkungen auf die Gesundheitsausgaben.

Diagramm 17: Auswirkungen des Szenarios „Höheres Produktivitätswachstum“ auf...



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

### 5.3 Geringere Migration nach Österreich

Im Jahr 2018 betrug die Nettozuwanderung nach Österreich 37.121 Personen. Im Zeitraum 2019/2060 geht die Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria von einer Nettozuwanderung von durchschnittlich 28.650 Personen aus. In diesem Risikoszenario geht das WIFO davon aus, dass die Nettozuwanderung gemäß der alternativen Bevölkerungsprognose „Untere

Wanderungsvariante“ der Statistik Austria auf 9.150 Personen sinkt und sich dadurch das Arbeitskräfteangebot verringert. Dadurch verringert sich das Wachstum des jährlichen Arbeitskräfteangebots um 0,34%, weil der überwiegende Teil der Zuwanderinnen und Zuwanderer im erwerbsfähigen Alter ist. Das WIFO nimmt an, dass Migrantinnen und Migranten einem höheren Risiko unterliegen arbeitslos zu sein, weshalb unterstellt wird, dass die Arbeitslosigkeit bei geringerer Migration um 0,1 Prozentpunkte gegenüber der Basisvariante sinkt.

Das deutlich niedrigere Arbeitskräfteangebot führt durchschnittlich zu einem um knapp 0,3 Prozentpunkte geringeren realen BIP-Wachstum, das wiederum dämpfende Auswirkungen auf diverse öffentliche Einnahmen und Ausgaben hat. Die tendenziell ansteigenden Ausgaben für Pensionen, Gesundheit und Pflege werden schwächer gedämpft als das BIP, wodurch deren Anteil am BIP zunimmt. Die Schuldenquote nimmt nach einem mittelfristigen Absinken aufgrund wachsender Defizite bereits um 2030 wieder zu und erhöht sich durch rasch wachsende jährliche Defizite bis 2060 auf 161,7% des BIP. Das mittelfristige Haushaltsziel – gemessen mittels strukturellem Saldo von -0,5% des BIP – wird bereits im Jahr 2027 nicht mehr erreicht.

Tabelle 11: Auswirkungen des Szenarios „Geringere Migration“ auf...

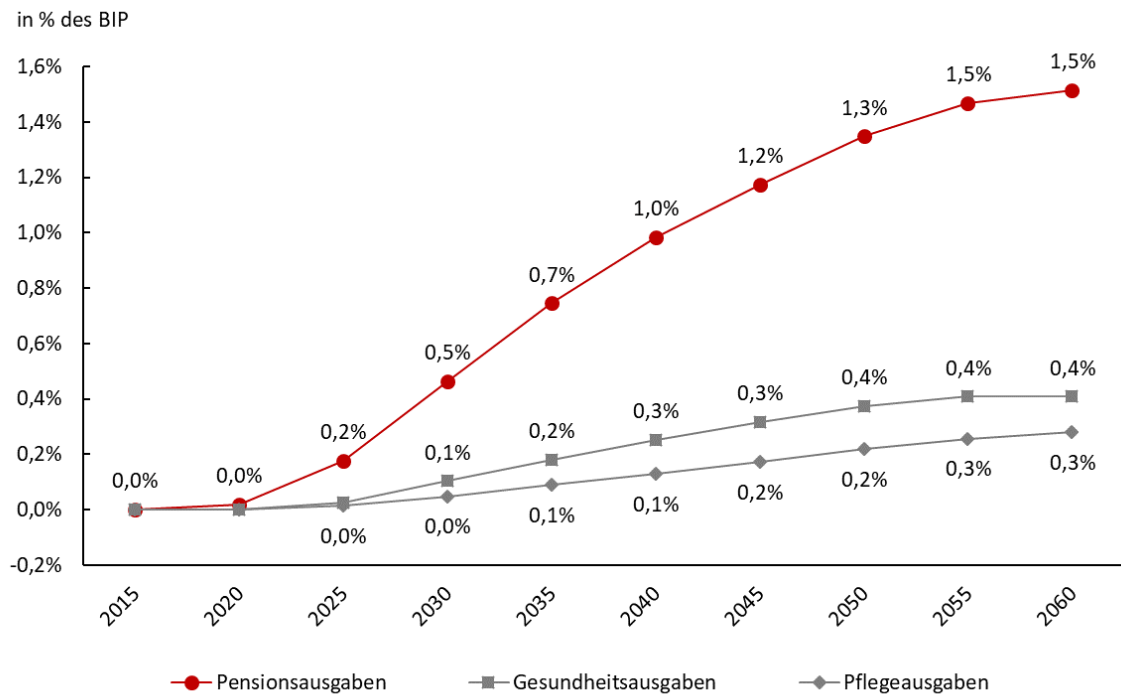
in % des BIP	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Schuldenquote	84,9	67,5	58,2	55,3	59,6	70,4	86,0	106,9	132,7	161,7
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	-0,2	-1,5	-3,0	-4,5	-5,8	-7,4	-8,9	-10,4
BIP-Wachstum	1,0	1,3	1,1	0,9	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,9
Pensionsausgaben	13,6	13,5	14,1	15,0	15,7	16,1	16,1	16,4	16,6	16,7
Gesundheitsausgaben	6,9	7,1	7,3	7,6	8,0	8,3	8,6	8,8	9,0	9,1
Pflegeausgaben	1,7	1,6	1,8	2,2	2,5	2,7	3,0	3,2	3,4	3,5

Quelle: WIFO

Schuldenquote und Maastricht-Saldo im Jahr 2020 gemäß Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020

Reales Wirtschaftswachstum im Jahr 2020 gemäß WIFO-Mittelfristprognose vom September 2019

Diagramm 18: Auswirkungen des Szenarios „Geringere Migration“ auf...



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

## 5.4 Höhere Lebenserwartung

Die Lebenserwartung von Frauen bei der Geburt lag 2018 bei 84,4 Jahren, jene der Männer bei 79,6 Jahren. Für 2060 wird für Frauen mit 90,2 und Männer mit 86,7 Jahren von einer deutlich höheren Lebenserwartung ausgegangen. In diesem Risikoszenario erhöht sich die Lebenserwartung noch mehr und steigt für Frauen auf 92,2 Jahre und für Männer auf 89,2 Jahre an.

Durch die verlängerte Lebenszeit nimmt die Bezugsdauer der Pensionen zu. Die Anzahl der Pensionistinnen und Pensionisten steigt an, wodurch die Pensionsausgaben in diesem Szenario auf 16,2% des BIP zulegen. Die Gesundheits- und Pflegeausgaben werden vorübergehend durch die längere Lebenszeit in subjektiv sehr gutem Gesundheitszustand gedämpft. Die Schuldenquote geht aufgrund dieser Effekte zunächst zurück, wächst jedoch bis 2060 wieder auf 78,8% des BIP an. Das mittelfristige Haushaltsziel – gemessen mittels strukturellem Saldo von -0,5% des BIP – wird ab dem Jahr 2031 verfehlt.

Tabelle 12: Auswirkungen des Szenarios „Höhere Lebenserwartung“ auf...

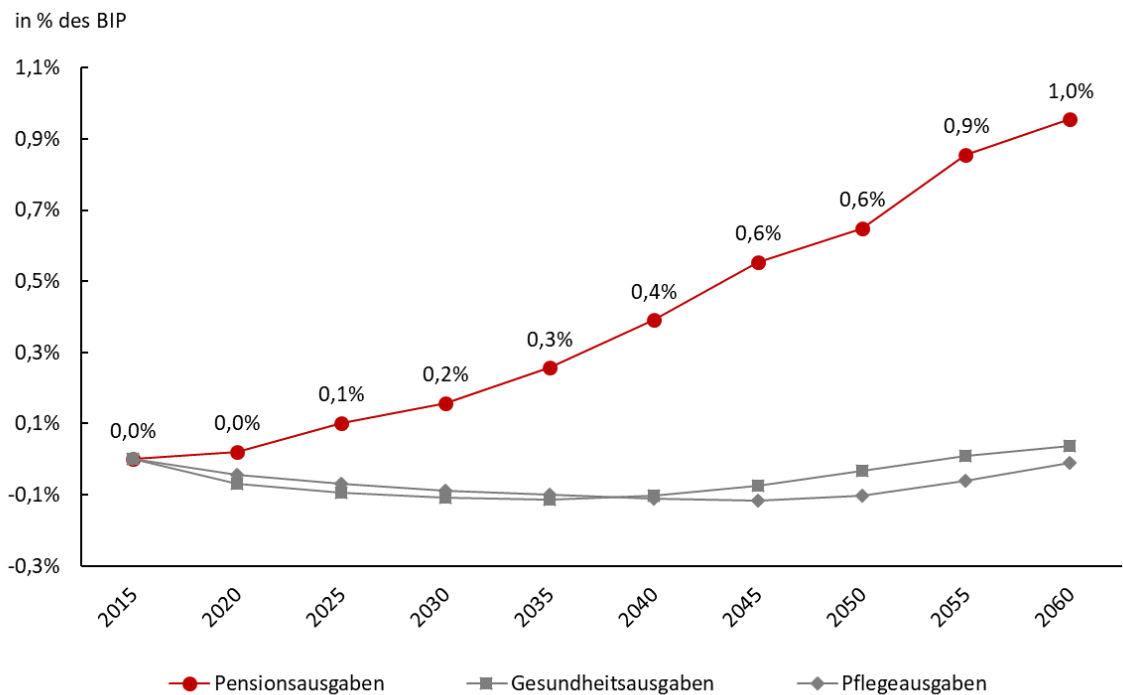
in % des BIP	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Schuldenquote	84,9	67,5	56,7	49,2	46,5	47,4	50,9	57,4	66,9	78,8
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	0,2	-0,5	-1,2	-1,9	-2,4	-3,2	-4,1	-4,9
BIP-Wachstum	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pensionsausgaben	13,6	13,5	14,0	14,7	15,2	15,5	15,5	15,7	16,0	16,2
Gesundheitsausgaben	6,9	7,0	7,2	7,4	7,7	7,9	8,2	8,4	8,6	8,8
Pflegeausgaben	1,7	1,6	1,8	2,0	2,3	2,5	2,7	2,9	3,1	3,3

Quelle: WIFO

Schuldenquote und Maastricht-Saldo im Jahr 2020 gemäß Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020

Das angeführte Szenario hat keine Auswirkungen auf das BIP-Wachstum.

Diagramm 19: Auswirkungen des Szenarios „Höhere Lebenserwartung“ auf...



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

## 5.5 Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen durch eine höhere Einkommenselastizität

Im Jahr 2018 betragen die Gesundheitsausgaben 7,1% und die Pflegeausgaben 1,6% des BIP. In den Projektionen der Basisvariante steigen die Gesundheits- und Pflegeausgaben bis 2060 auf über 8,7% bzw. 3,3% des BIP deutlich an.

In diesem Risikoszenario wird davon ausgegangen, dass die Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen mit steigendem Wohlstand überproportional zunimmt und daher die Einkommenselastizität um jeweils 0,1 Prozentpunkte höher ist als in der Basisvariante.

Durch die höheren Gesundheits- und Pflegeausgaben verschlechtert sich ab Mitte der 2020er-Jahre der Maastricht-Saldo, das mittelfristige Haushaltsziel wird deshalb ab dem Jahr 2029 verfehlt. Die steigenden kumulierten Defizite tragen im Zusammenspiel mit steigenden Zinssätzen nach einer Erholungsphase ab 2035 zu einem Anstieg der Schuldenquote bei, die für 2060 mit 89,4% des BIP geschätzt wird.

Tabelle 13: Auswirkungen des Szenarios „Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen“ auf...

in % des BIP	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Schuldenquote	84,9	67,5	57,0	50,3	48,7	51,1	56,2	64,5	75,8	89,4
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	0,1	-0,7	-1,6	-2,3	-2,9	-3,8	-4,7	-5,5
BIP-Wachstum	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pensionsausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesundheitsausgaben	6,9	7,2	7,5	7,8	8,2	8,6	9,0	9,4	9,7	10,0
Pflegeausgaben	1,7	1,7	1,9	2,2	2,5	2,7	3,0	3,3	3,5	3,7

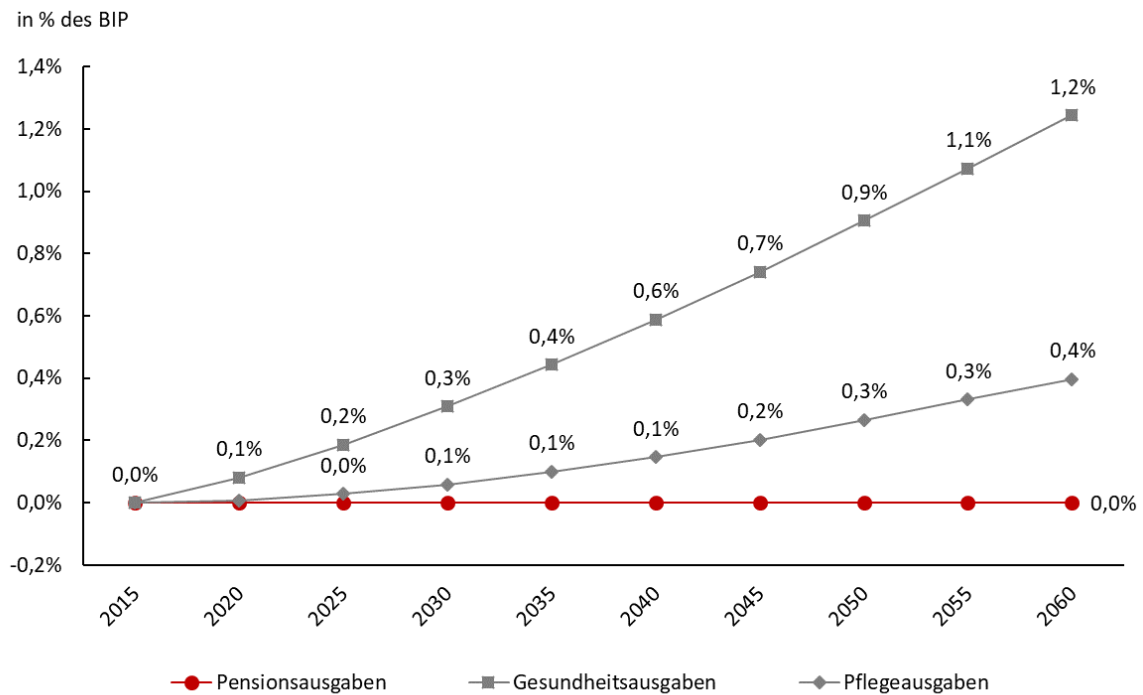
Quelle: WIFO

Schuldenquote und Maastricht-Saldo im Jahr 2020 gemäß Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020

Das angeführte Szenario hat keine Auswirkungen auf das BIP-Wachstum und die Pensionsausgaben.



Diagramm 20: Auswirkungen des Szenarios „Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen“ auf...



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

## 5.6 Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum

Die monetären Sozialleistungen umfassen Pensionen, Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Pflegegeld und sonstige monetäre Sozialleistungen. Sie betragen 2018 insgesamt 17,9% des BIP. Für die Basisvariante wurde die vom „No Policy Change“-Prinzip abweichende Annahme getroffen, dass die monetären Sozialleistungen mit der Inflation angepasst werden, um ihre Entwertung zu verhindern. In diesem Risikoszenario wird davon ausgegangen, dass die monetären Sozialleistungen (mit Ausnahme der Pensionen) anstatt mit der Inflation mit dem höheren BIP-Wachstum valorisiert werden.

Durch die Erhöhung der monetären Sozialleistungen – die Pensionsausgaben bleiben zur Basisvariante unverändert – im Einklang mit dem BIP-Wachstum lägen diese 2060 bei 19,9% des BIP und somit um 1,4% vom BIP höher als in der Basisvariante.

Die höheren Ausgaben führen zu einem höheren Defizit, das längerfristig wiederum die Schuldenquote anhebt. Für das Jahr 2060 wird eine Schuldenquote von 101,5% projiziert. Das mittelfristige Haushaltsziel von -0,5% des BIP wird ab 2028 nicht mehr erreicht.

Tabelle 14: Auswirkungen der Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum auf...

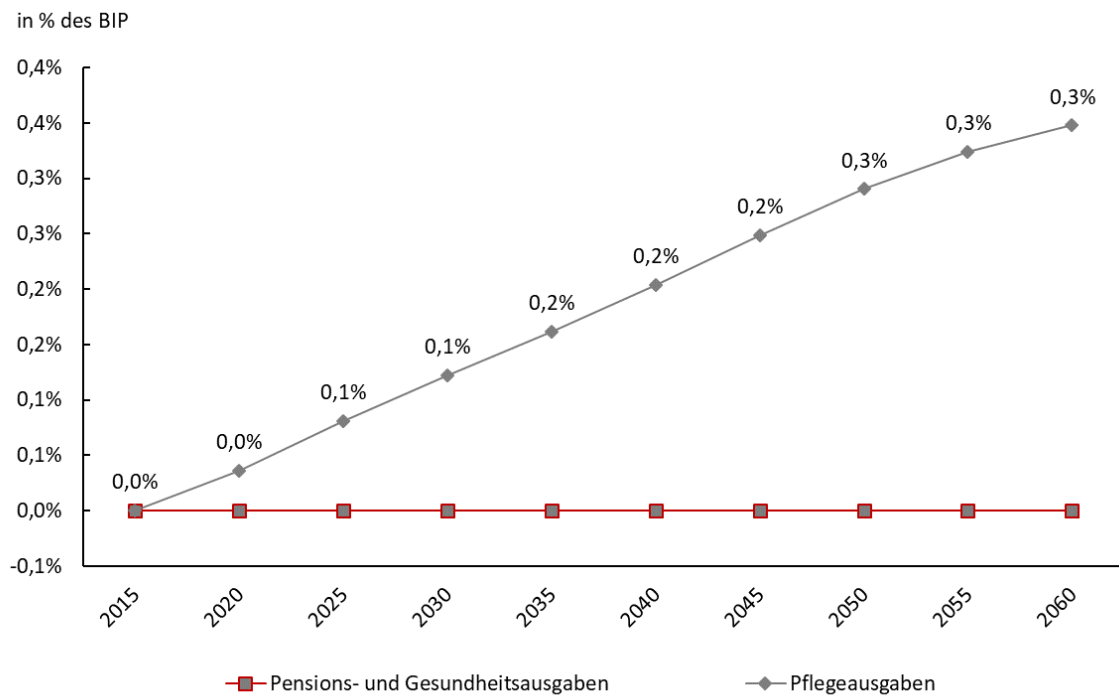
in % des BIP	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Schuldenquote	84,9	67,5	57,4	51,8	51,5	55,7	62,8	73,0	86,2	101,5
Maastricht-Saldo	-1,0	-0,1	-0,1	-0,9	-2,0	-2,8	-3,5	-4,4	-5,3	-6,2
BIP-Wachstum	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pensionsausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesundheitsausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pflegeausgaben	1,7	1,7	1,9	2,2	2,5	2,8	3,0	3,3	3,5	3,6

Quelle: WIFO

Schuldenquote und Maastricht-Saldo im Jahr 2020 gemäß Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020

Das angeführte Szenario hat keine Auswirkungen auf das BIP-Wachstum, die Pensionsausgaben und die Gesundheitsausgaben.

Diagramm 21: Auswirkungen der Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum auf...



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

## 6 Vergleich mit den Projektionen der Europäischen Kommission

Die Ergebnisse für die langfristige Entwicklung der gesamten altersabhängigen Ausgaben werden in diesem Abschnitt den Projektionen der Working Group on Ageing Populations and Sustainability (AWG) des Wirtschaftspolitischen Ausschusses (WPA) und der Europäischen Kommission (EK) über die langfristige Entwicklung der altersabhängigen öffentlichen Ausgaben vom Mai 2018 (Ageing Report 2018) gegenübergestellt.

Im Rahmen des Ageing Reports 2018 geht die EK im Zeitraum 2020 bis 2070 von einem Anstieg der gesamten altersabhängigen Ausgaben (Pensionen, Gesundheit, Pflege, Bildung und Arbeitslosenunterstützung) um 3,8 Prozentpunkte auf 32,1% des BIP aus. Sowohl für Pensionen als auch für die Bereiche Gesundheit und Pflege wird ein Kostenanstieg projiziert. Die Kosten für den Bereich Bildung und Arbeitslosenbeihilfen stagnieren bzw. gehen leicht zurück.

Zum Vergleich steigen die gesamten altersabhängigen Ausgaben in der Basisvariante von 2020 bis 2060 um fast 5 Prozentpunkte auf 33,5% des BIP.

Die Unterschiede in den Projektionen von EK und WIFO ergeben sich u.a. aufgrund der unterschiedlichen makroökonomischen Annahmen und der unterschiedlichen Bevölkerungs- und Erwerbsprognosen, die den jeweiligen Projektionen zugrunde gelegt wurden.

Tabelle 15: Vergleich der Basisvariante mit dem Ageing Report 2018

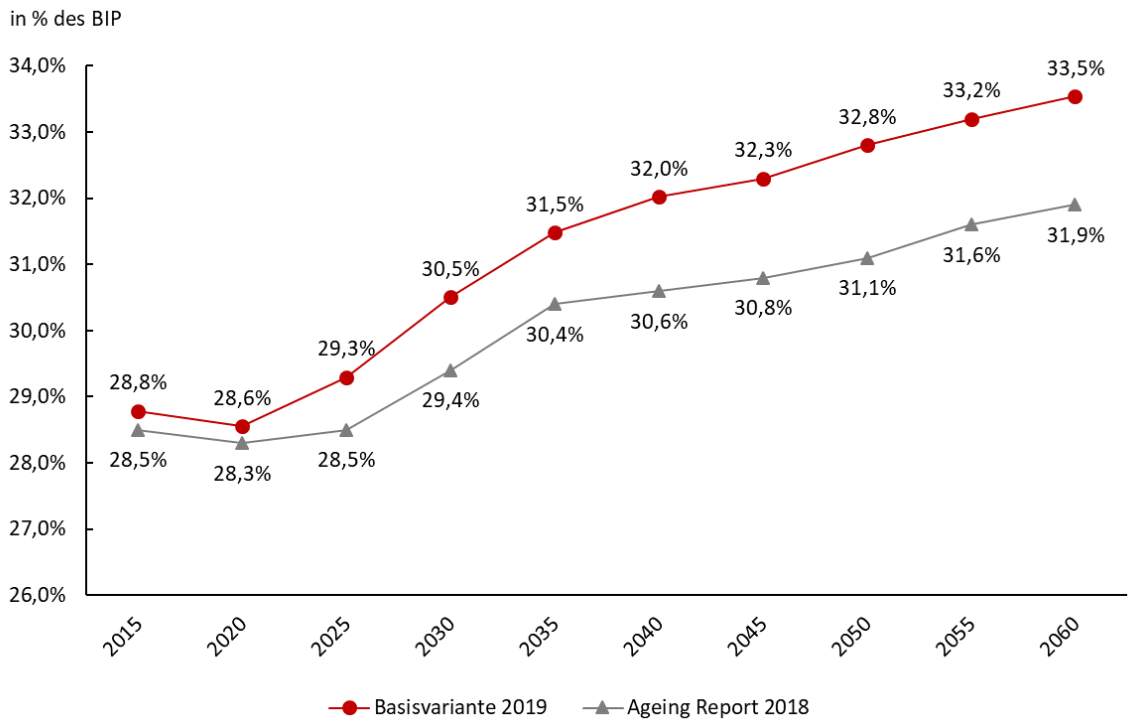
in % des BIP	2015 <sup>1)</sup>	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060	2065	2070
<b>Öffentliche Ausgaben für Pensionen, Gesundheit, Pflege, Bildung und Arbeitslosigkeit (ohne FLAF)</b>												
Basisvariante 2019	28,8	28,6	29,3	30,5	31,5	32,0	32,3	32,8	33,2	33,5		
Ageing Report 2018	28,5	28,3	28,5	29,4	30,4	30,6	30,8	31,1	31,6	31,9	32,0	32,1
<b>BIP-Wachstum</b>												
Basisvariante 2019	1,0	1,4	1,3	1,3	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1		
Ageing Report 2018 <sup>2)</sup>	1,5	1,8	1,7	1,5	1,7	1,7	1,5	1,3	1,2	1,2	1,2	1,3

<sup>1)</sup> Im Ageing Report 2018 beginnt die Zeitreihe mit 2016, d.h. der hier ausgewiesene Wert ist der Wert für das Jahr 2016.

<sup>2)</sup> Bis 2021 reales BIP-Wachstum; ab 2022 entspricht das reale BIP-Wachstum dem Wachstum des Potenzialoutputs.

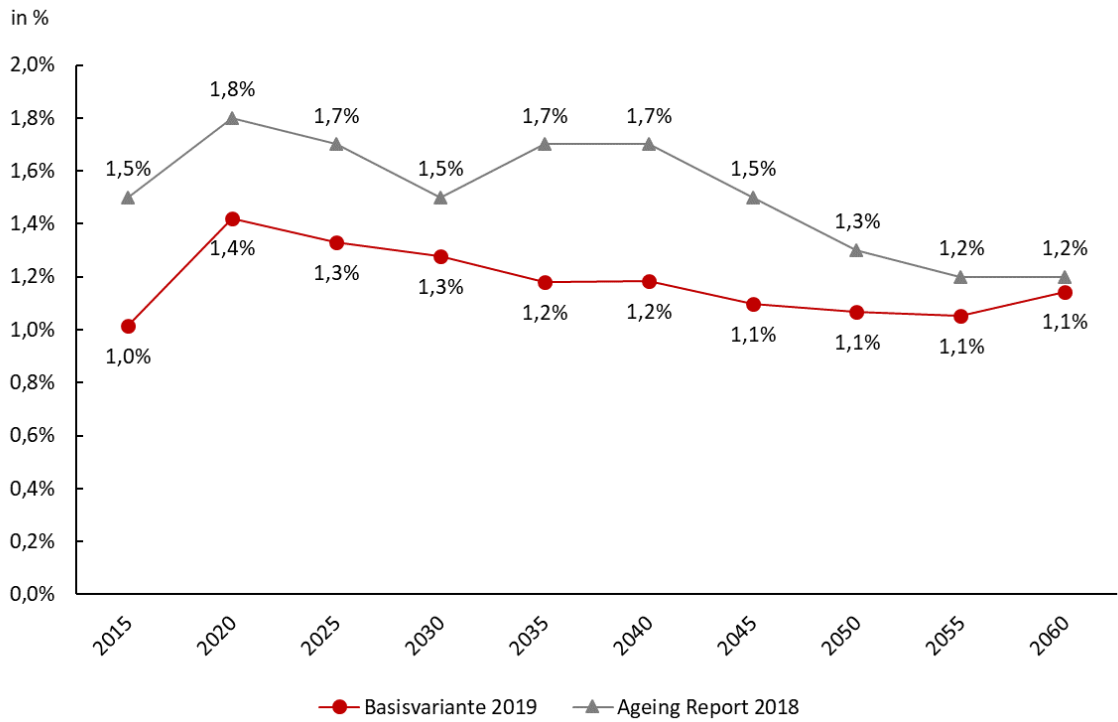
Quelle: WIFO, Ageing Report 2018, eigene Darstellung

Diagramm 22: Vergleich der demografieabhängigen Ausgaben (ohne FLAF) der Basisvariante 2019 mit dem Ageing Report 2018



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

Diagramm 23: Vergleich des realen Wirtschaftswachstums der Basisvariante 2019 mit dem Ageing Report 2018



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

# 7 Vergleich mit der Langfristprognose 2016

Der Projektionszeitraum im diesjährigen Bericht reicht von 2019 bis 2060. Die Projektionen enden somit ebenso wie im letzten Bericht im Jahr 2060. Die Unterschiede zwischen den Resultaten von 2016 und 2019 lassen sich im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückführen:

- Aktualisierte Bevölkerungsprognose: Die Altenquote – Anteil der Bevölkerung ab 65 in Relation zur Gruppe der 15- bis 64-Jährigen – ist in der aktuellen Bevölkerungsprognose günstiger. Durch eine höhere Anzahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und weniger Pensionsbeziehenden steigt das BIP geringfügig schneller an und die Pensionsausgaben sind geringer. Der Maastricht-Saldo ist 2060 um 1,3 Prozentpunkte höher, die Schuldenquote um rund 19,1% des BIP niedriger.
- Aktualisierte Erwerbsprognose: Die aktuelle Erwerbsprognose hat aufgrund der höheren Erwerbsquoten insbesondere von Frauen, deutlich günstigere Auswirkungen auf Pensionsausgaben, Gesundheitsausgaben und Wirtschaftswachstum. Die Pflegeausgaben hingegen fallen höher aus, weil durch die höhere Frauenerwerbsquote weniger Frauen zur Pflege von Angehörigen verfügbar sind. Der Maastricht-Saldo ist dadurch um 0,5% des BIP besser und die Schuldenquote infolge um 14 Prozentpunkte niedriger.
- Annahme zum Wachstum der Gesamtproduktivität: Aufgrund der niedrigeren Produktivitätszuwächse im letzten Jahrzehnt gegenüber langfristigen Betrachtungszeiträumen, wurde 2019 ein gesamtwirtschaftliches Produktivitätswachstum von 0,6% pro Jahr anstatt 0,7% in der Langfristprognose 2016 angenommen. Der Maastricht-Saldo ist 2060 um -0,9% des BIP niedriger, die Schuldenquote um 11,5 Prozentpunkte höher.
- Berücksichtigung politischer Maßnahmen: Die Nationalratsbeschlüsse hinsichtlich der Abschaffung der Wartefrist für die erste Pensionserhöhung, der Abschaffung der Abschläge für Langzeitversicherte sowie der überproportionalen Pensionserhöhung führt bis 2060 zu jährlichen Mehrausgaben von etwa 0,5% des BIP. Der Maastricht-Saldo ist 2060 um -0,9% des BIP niedriger, die Schuldenquote um 10,7 Prozentpunkte höher.
- Neue Ausgangswerte und Datenrevisionen: Die Ausgangswerte 2018 von Zinsausgaben, Maastricht-Saldo und Schuldenquote sind besser als in der Langfristprognose 2016 angenommen. Diese Effekte klingen langfristig bis 2060 aus.

Die Gegenüberstellung der Projektionen 2016 mit jenen aus 2019 zeigt, dass im aktuellen Bericht deutlich günstigere Entwicklungen des Maastricht-Saldos (der Maastricht-Saldo entspricht im aktuellen Bericht ab 2025 dem strukturellen Saldo) und der Schuldenquote bereits für die Zeitperiode bis 2020 projiziert wurden. Diese Veränderungen haben positive finanzielle Auswirkungen auf den gesamten Projektionszeitraum.

Das mittelfristige Haushaltsziel – gemessen mittels strukturellem Saldo von -0,5% des BIP – wird in der aktuellen Basisvariante bis 2030 erfüllt, danach steigt das strukturelle Defizit bis 2060 auf 3,5% des BIP. In den beiden Hauptvarianten 2016 wurde das Erreichen des mittelfristigen Haushaltsziels jeweils nur im Jahr 2021 prognostiziert.

Die Schuldenquote wurde 2016 in beiden Hauptvarianten bereits für das Jahr 2020 um 9,1% des BIP höher geschätzt als 2019. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die im Rahmen der Bankenkrise übernommenen Verbindlichkeiten in den letzten Jahren besser als geplant abgebaut werden konnten. Die Schuldenquote sinkt in der aktuellen Basisvariante im Jahr 2024 unter die EU-Vorgabe von 60% des BIP und überschreitet sie ab 2057, der Anstieg der Schuldenquote setzt 2038 ein. 2016 wurde der Anstieg der Schuldenquote in Variante 1 für das Jahr 2053 und für Variante 2 im Jahr 2037 projiziert, allerdings auf einem deutlich höheren Niveau und mit sehr unterschiedlichen Verläufen. Dämpfend auf die Ausgaben-, Defizit- und Schuldendynamik wirken mittelfristig weiterhin niedrigere Zinsausgaben.

Tabelle 16: Vergleich der Basisvariante 2019 mit den 2 Hauptvarianten 2016

in % des BIP	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Einnahmen</b>										
2016 - Variante 1	50,6	49,2	49,5	49,5	49,5	49,5	49,4	49,5	49,5	49,4
2016 - Variante 2	50,6	49,2	49,5	49,5	49,6	49,6	49,5	49,5	49,5	49,5
Basisvariante 2019	50,1	48,2	48,3	48,4	48,5	48,5	48,5	48,5	48,6	48,6
<b>Ausgaben</b>										
2016 - Variante 1	51,7	49,6	50,5	50,7	50,5	50,4	50,5	50,8	51,1	51,3
2016 - Variante 2	51,7	49,6	50,7	51,2	51,5	51,8	52,0	52,3	52,6	52,9
Basisvariante 2019	51,1	48,3	48,1	48,8	49,6	50,2	50,5	51,1	51,6	52,1
<b>davon demografieabhängige Ausgaben</b>										
2016 - Variante 1	31,8	31,6	32,3	32,7	32,9	33,2	33,5	34,0	34,4	34,7
2016 - Variante 2	31,8	31,6	32,4	33,0	33,6	34,1	34,4	34,7	35,0	35,2
Basisvariante 2019	30,8	30,3	31,0	32,2	33,1	33,6	33,8	34,3	34,6	34,9
<b>davon Zinsen</b>										
2016 - Variante 1	2,4	1,7	2,2	2,2	2,1	1,9	1,7	1,6	1,5	1,6
2016 - Variante 2	2,4	1,7	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,4
Basisvariante 2019	2,3	1,4	0,9	0,8	1,0	1,3	1,6	1,8	2,1	2,3
<b>Maastricht-Saldo / Struktureller-Saldo</b>										
2016 - Variante 1	-1,2	-0,4	-1,0	-1,2	-1,0	-1,0	-1,0	-1,4	-1,7	-1,9
2016 - Variante 2	-1,2	-0,4	-1,1	-1,6	-2,0	-2,3	-2,5	-2,8	-3,1	-3,4
Basisvariante 2019	-1,0	-0,1	0,2	-0,4	-1,1	-1,6	-2,0	-2,5	-3,0	-3,5
<b>Schuldenquote</b>										
2016 - Variante 1	86,2	76,6	70,2	64,0	58,4	53,7	50,1	48,4	48,5	49,5
2016 - Variante 2	86,2	76,6	70,6	66,7	64,8	65,1	66,4	68,9	72,5	76,7
Basisvariante 2019	84,9	67,5	56,7	49,3	46,2	46,3	48,2	52,2	58,2	65,6

Quelle: WIFO

Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

## 8 Klimawandel und Klimapolitik

Der Klimawandel und die Klimawandelanpassung stellen die größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar. Die im Pariser Weltklimaübereinkommen verankerten langfristigen Zielvorgaben sollen dabei bis 2050 nicht nur (i) eine drastische Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen und damit eine Vermeidung unkontrollierbarer Folgen des anthropogen verursachten Klimawandels sicherstellen, sondern (ii) auch die Resilienz der betroffenen Staaten gegenüber jenen Effekten des Klimawandels erhöhen, die sich nicht mehr verhindern lassen. Entsprechend komplex sind auch die Zusammenhänge der Klimathematik mit allen Wirtschaftssektoren, wodurch sich die Notwendigkeit der Identifikation des richtigen Umgangs mit dem Klimawandel für die zukünftige Positionierung des Standorts Österreich ergibt. Zusätzlich ergeben sich umfassende Wechselwirkungen mit öffentlichen und privaten Finanzströmen, womit auch ein entsprechend hohes Risiko für die öffentlichen Haushalte sowohl einnahmen- (u.a. UG 16, UG 43 des Bundeshaushalts) wie auch ausgabenseitig (u.a. Rubrik 4 des Bundeshaushalts) einhergeht.

Die budgetär relevanten klimapolitischen Fragestellungen sind derzeit nicht in dem Modell der Langfristprognose enthalten. Eine umfassende Auseinandersetzung mit diesen Themen und die Verbesserung der wissenschaftlichen Datenlage sind aber auch Voraussetzung für eine kosteneffektive, resiliente und nachhaltige Anpassung an den Klimawandel und Reduktion von Treibhausgasemissionen. Daher sollen klimarelevante Szenarien zukünftig in der Langfristprognose in Zusammenarbeit mit dem WIFO erfasst werden und die langfristigen Effekte auf die öffentlichen Haushalte entsprechend dargestellt werden. Zur Weiterentwicklung des Modells der Langfristprognose wird daher eine Arbeitsgruppe eingerichtet (WIFO, BMNT, BMVIT und BMF).

### Nationaler Energie- und Klimaplan

Um die unionsrechtlichen Bemühungen zur Einhaltung der EU Klima- und Energieziele sicherzustellen, wurde für die Periode 2021 bis 2030 im Rahmen der EU-Verordnung über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz (Verordnung (EU) 2018/1999), ein neues Instrument eingeführt: Integrierte Nationale Energie- und Klimapläne (NEKP) der EU-Mitgliedstaaten. Für den österreichischen Entwurf zum NEKP wurden die Zielvorgaben, strategischen Handlungsfelder und Leuchtturmprojekte der #mission2030 herangezogen.



Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen außerhalb des Emissionshandels bis 2030 um mindestens 36 Prozent zu reduzieren. Diese Reduktionen betreffen u.a. Einsparungen im Gebäudesektor durch Sanierung und erneuerbare Energiesysteme (Reduktion von 3 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>e zum Zieljahr 2030), Transformation der Verkehrssysteme (Reduktion von 7,2 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>e zum Zieljahr 2030) sowie durch einen konsequenten Dekarbonisierungspfad in Gewerbe, Landwirtschaft, der Abfallwirtschaft und bei fluorierten Treibhausgasen (Reduktion von 4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>e zum Zieljahr 2030). Auch der Anteil erneuerbarer Energie am gesamten Endenergieverbrauch soll bis 2020 auf 46 bis 50 Prozent steigen. Strom soll bis 2030 komplett aus erneuerbaren Energiequellen stammen.

Die Maßnahmen und deren Wirkung werden vom Umweltbundesamt berechnet und die ökonomischen Effekte bewertet. Die in den kommenden Monaten zu beschließenden und allenfalls darüber hinaus gehende Maßnahmen sollen als Basis für die Langfristprognose 2022 herangezogen und klimarelevante Szenarien stufenweise in der Langfristprognose erfasst werden.

# Literatur

**Bundesministerium für Finanzen** (2019): Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2020, Wien.

**European Commission** (2018): The 2018 Ageing Report: Economic and Budgetary Projections for the EU Member States (2016-2070), Institutional Paper 079, Mai 2018.

**Schiman, Stefan** (2016): Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich – Projektionen des Staatshaushalts bis 2060, WIFO, März 2016.

**Schiman, Stefan** (2019): Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich, WIFO, November 2019.

**Statistik Austria** (2018): Bevölkerungsprognose 2018, Statistik Austria, November 2018, Wien.

**Statistik Austria** (2018): Erwerbsprognose 2018, Statistik Austria, November 2018, Wien.



**Bundesministerium für Finanzen**

Johannesgasse 5, 1010 Wien

+43 1 514 33-0

[bmf.gv.at](https://www.bmf.gv.at)